

Sicher. Ökologisch. Effizient.

ZENTRALE ABFALLWIRTSCHAFT KAISERSLAUTERN
GEMEINSAME KOMMUNALE ANSTALT DER
STADT UND DES LANDKREISES KAISERSLAUTERN

Norderweiterung Verlegung Umschlaganlage

Neuantrag nach § 4BImSchG

- Erläuterungsbericht -

Aufgestellt:

Mainz, 15. Juni 2021

SCHIRMER Umwelttechnik GmbH
Dekan-Laist-Straße 30
55129 Mainz

Inhaltsverzeichnis

1	Veranlassung.....	1
2	Rechtliche Einschätzung	5
2.1	UVP-Pflicht bzw. Pflicht zur allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung	5
2.1.1	UVP-Pflicht.....	5
2.1.2	Pflicht zur allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung	6
2.2	Prüfung von Standortalternativen	6
2.3	Errichtung des Plateaus als Unterbau für die Umschlaganlage	7
2.3.1	Rechtliche Anforderungen	7
2.3.2	Rechtliche Bewertung	10
2.4	Naturschutzrechtliche Belange	14
2.5	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	15
2.6	Anwendbarkeit der BVT-Schlussfolgerungen für Abfallbehandlungsanlagen.....	17
2.7	Anwendbarkeit der Gewerbeabfallverordnung.....	18
2.8	Erfordernis eines Ausgangszustandsberichtes	19
3	Allgemeine Angaben.....	22
3.1	Antragsteller und öffentlich-rechtlicher Betreiber	22
3.2	Entwurfsverfasser	22
3.3	Angaben zum Grundstückseigentümer	22
3.4	Fachplanungen / Fachgutachter / Dritte	23
3.5	Standort der Entsorgungseinrichtung	25
3.6	Angaben zur planungsrechtlichen Ausweisung	25
3.6.1	Planfestgestellte Deponiefläche.....	25
3.6.2	Abstandsflächen Windenergieanlagen	26
3.7	Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile	26
4	Beschreibung des Vorhabens.....	27

5	Angaben zu den Anlagen	28
5.1	Allgemeine Beschreibung	28
5.2	Flächenbedarf	30
6	Baubeschreibung	31
7	Äußere Erschließung.....	32
8	Innere Erschließung	32
8.1	Platzbefestigung	32
8.2	Wasserversorgung.....	33
8.3	Entwässerung	33
8.4	Stromversorgung.....	34
9	Betriebsbeschreibung, verfahrenstechnische und anlagentechnische Beschreibung	35
10	Entstaubung	38
11	Beschreibung der Umweltauswirkungen	39
11.1	Standortbezogene Vorprüfung.....	39
11.2	Schalltechnische Untersuchung	39
11.3	Immissionsprognose Staub und Geruch.....	39
11.4	Verkehrsaufkommen.....	40
11.5	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	40
11.6	Umgang mit gefährlichen Abfällen.....	41
11.7	Sonstige Emissionen	41
11.8	Vermeidung und Verwertung von Abfällen	41
11.9	Zusammenfassung und Bewertung	42
12	Arbeitsschutz	43
12.1	Vorgesehene Maßnahmen zum Arbeitsschutz	43
12.2	Betriebszeiten.....	43
12.3	Anzahl der Beschäftigten und deren Sozialräume	43
12.4	Lüftung und Heizung der Arbeitsräume	44
12.5	Belichtung und Beleuchtung der Arbeitsplätze	44
12.6	Verkehrssicherheit	44

13 Brandschutz	45
13.1 Allgemeines zum betrieblichen Brandschutz.....	45
13.2 Baulicher Brandschutz der Anlage	45
13.3 Brandabschnitte	45
13.4 Brandmeldeanlage	45
13.5 Feuerlöscheinrichtungen	46
13.6 Löschwasserrückhaltung	46
13.7 Rauch- und Wärmeabzugsmöglichkeit	46
13.8 Flucht- und Rettungswege	46
14 Natur- und Landschaftspflege	47
15 Maßnahmen zur Betriebseinstellung.....	47
16 Aufstellungsvermerk	48

1 Veranlassung

Die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) - gemeinsame kommunale Anstalt der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern - betreibt seit 2007 am südwestlichen Rand der Deponie eine Umschlaganlage (**s. Abb. 1 und 2**).

Das ca. 14.300 m² große Areal, das neben der Umschlaganlage noch Verkehrsflächen und eine Konditionierungsanlage umfasst, soll zukünftig als Deponieerweiterung (Nord) zum aktuell in Betrieb befindlichen DKI-Deponieabschnitt hinzukommen.



Im Zuge der geplanten Umsetzung der Deponieerweiterung (Nord) muss daher die Umschlaganlage mit Verkehrs- und Lagerflächen vollständig rückgebaut und an geeigneter Stelle neu errichtet werden.



Abbildung 1: Fotos Umschlaganlage Bestand (Quelle ZAK (1) + SCHIRMER UT (2))

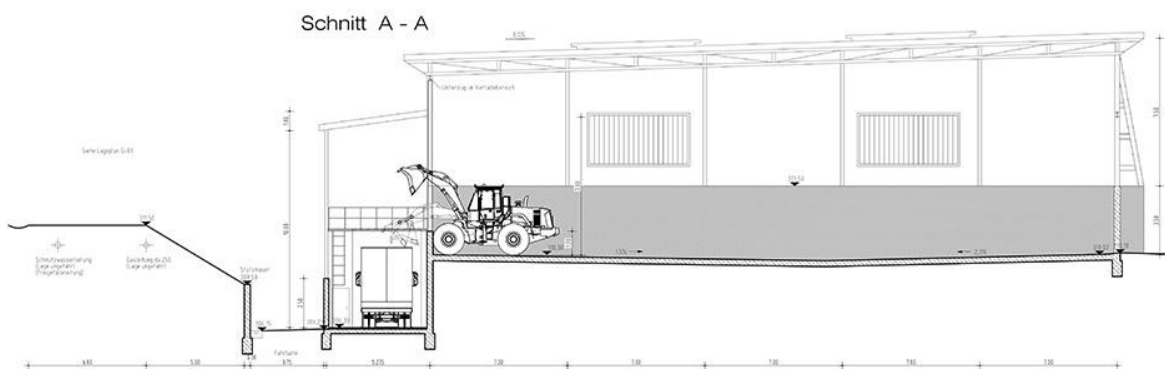


Abbildung 2: Systemschnitt Umschlaganlage Bestand (Quelle ZAK)

Der ausgewählte neue Standort (**s. Abb. 3**) für die Umschlaganlage befindet sich an der nördlichen Talflanke des Kapiteltals, unmittelbar nordöstlich der Abschlussböschung der Deponie.

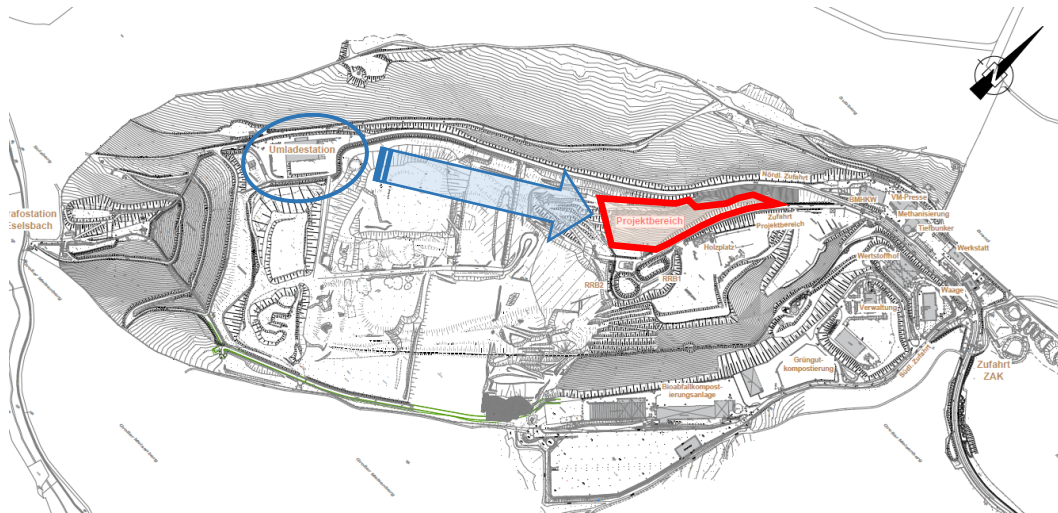


Abbildung 3: Ausschnitt Plan G 01 (Quelle SCHIRMER UT, bearbeitet)

Zur Errichtung der neuen Umschlaganlage (**s. Abb. 4**) muss an dieser Talflanke eine ca. 8.500 m² große, ebene Plateaufläche errichtet werden. Die erforderlichen Stützkonstruktionen sollen mittels „Bewehrter Erde“ hergestellt werden. Hierbei handelt es sich um eine unter 70 bis 80 Grad geneigte Stützkonstruktion bzw. Stützwand.

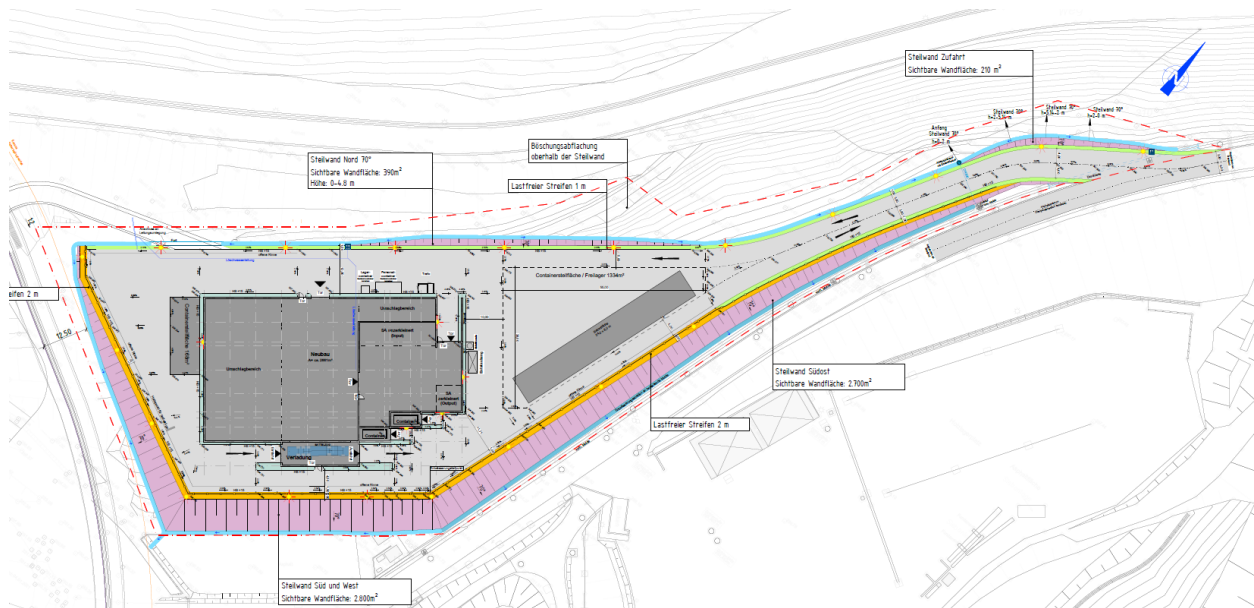


Abbildung 4: Ausschnitt Plan G 04 (Quelle SCHIRMER UT)

Neben befestigten Verkehrsflächen und Containerstellflächen wird eine Halle mit integrierter Sperrabfallzerkleinerung auf der Plateaufläche errichtet.

Die Betriebsfläche Umschlaganlage wird in das Betriebsgelände der ZAK integriert.

Es sind folgende Betriebseinheiten (**s. Abb. 5**) definiert:

BE 200: Umschlaghalle

BE 210: Umschlagbereich in der Halle

BE 220: Sperrabfallzerkleinerung in der Halle

BE 300: Stellflächen

BE 310: Containerstellfläche / Freilager

BE 320: Containerstellfläche

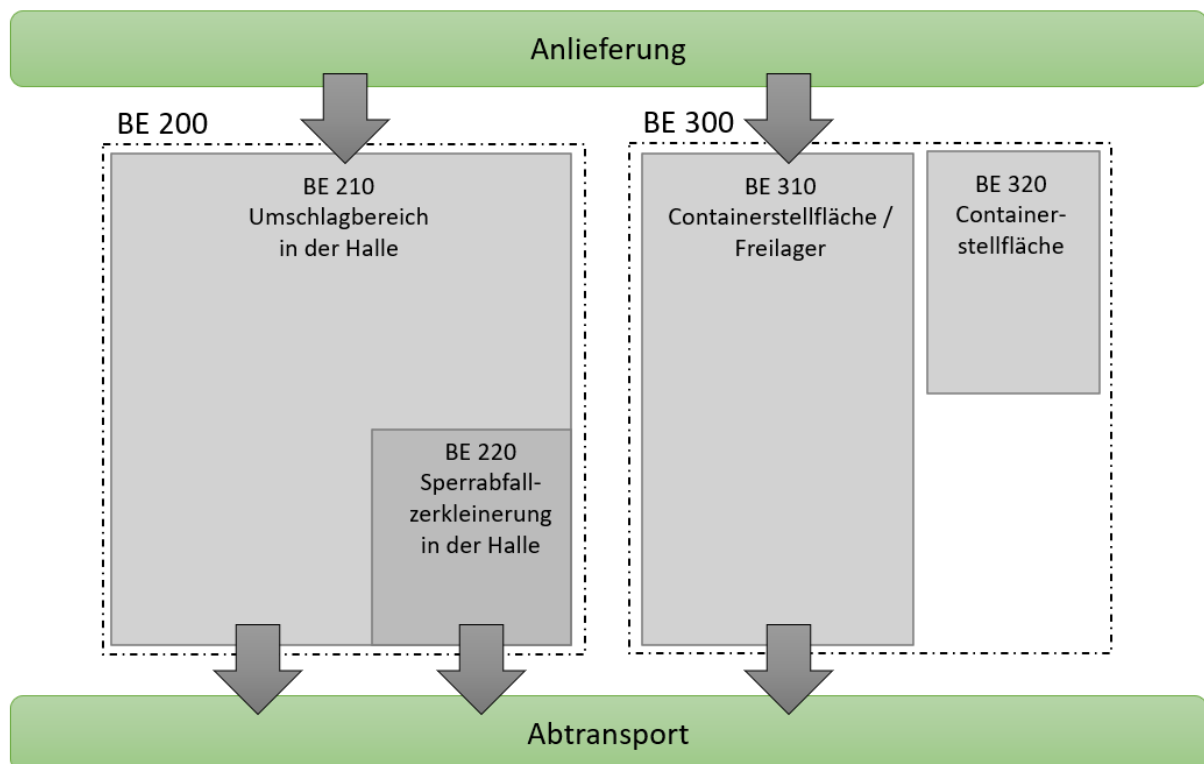


Abbildung 5: Umschlaganlage Betriebseinheiten

Die **SCHIRMER Umwelttechnik GmbH** wurde durch ZAK beauftragt, die Antragsunterlagen gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zu erstellen.

**Im vorliegenden Antrag wird die Genehmigung gemäß
§ 4 Abs. 1 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) beantragt.**

Das geplante Vorhaben wird im förmlichen Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach §§ 4, 10 BImSchG beantragt.

Für die neu zu errichtende Umschlaganlage sind drei abfallwirtschaftliche Tätigkeiten geplant.

Der **Umschlag** von nicht gefährlichen Abfällen mit einer Kapazität von 100 Mg oder mehr je Tag unterfällt der Nr. 8.15.3 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV.

Die **Zwischenlagerung** von nicht gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 100 Mg oder mehr unterfällt der Nr. 8.12.2 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV. Die Zwischenlagerung von gefährlichen Abfällen mit einer maximalen Lagermenge von unter 30 Mg unterfällt keiner Nr. des Anhangs 1 zur 4. BImSchV (Nr. 8.12.1.2 wäre erst ab einer Lagerkapazität von 30 Mg und mehr einschlägig).

Die **Sperrabfallzerkleinerung** mit einer Kapazität von max. 75 Mg/d unterfällt der Nr. 8.11.2.3 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV.

Die Nr. 8.11.2.3 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV schreibt das förmliche Genehmigungsverfahren vor. Anlagen, die sich aus mehreren Einzelanlagen zusammensetzen, für die teilweise das vereinfachte und teilweise das förmliche Genehmigungsverfahren vorgesehen ist, unterfallen gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 lit. b) der 4. BImSchV insgesamt dem förmlichen Genehmigungsverfahren nach § 10 BImSchG.

Der maximale inputseitige Durchsatz der gesamten Anlage ist für alle Abfälle in Summe auf 100.000 Mg pro Jahr begrenzt.

Es wird zudem die **Rodung und Umwandlung in eine anderen Bodennutzungsart von knapp 1,12 Hektar Wald** nach § 9 Abs. 1 BWaldG i.V.m § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWaldG beantragt.

Für die beabsichtigte Waldrodung wurde eine **standortbezogene Vorprüfung** durchgeführt. Die Unterlagen liegen den Antragsunterlagen (**s. Kapitel 9.1**) bei.

Ebenfalls beantragt wird die Eignungsfeststellung nach § 63 Abs. 1 WHG (**s. Kapitel 4.9**).

2 Rechtliche Einschätzung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Genehmigungsverfahrens wurden von [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.] Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB geprüft.

Deren Prüfungsergebnisse werden nachfolgend zusammenfassend wiedergegeben.

2.1 UVP-Pflicht bzw.

Pflicht zur allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung

Die Vorhabenträgerin war nicht verpflichtet, bereits im Vorfeld eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und den Antragsunterlagen einen UVP-Bericht beizufügen. Allerdings ist für die beabsichtigte Waldrodung eine standortbezogene Vorprüfung durch die Genehmigungsbehörde durchzuführen.

2.1.1 UVP-Pflicht

Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 der 9. BImSchV ist die Umweltverträglichkeitsprüfung nur dann unselbständiger Teil des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens, wenn in den §§ 6 bis 14 UVPG für die Errichtung und den Betrieb der konkreten Anlage die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausdrücklich angeordnet wird (sog. UVP-pflichtige Anlage). Vorliegend besteht **keine unbedingte UVP-Pflicht** nach § 6 UVPG.

Eine solche käme für ein Neuvorhaben in Betracht, das in Anlage 1 Spalte 1 zum UVPG mit dem Buchstaben „X“ gekennzeichnet ist und wenn die zur Bestimmung der Art des Vorhabens genannten Merkmale vorliegen bzw. die angegebenen Größen- oder Leistungswerte erreicht oder überschritten werden.

Die Tätigkeiten des Umschlags und der Vorbehandlung von Abfällen durch Zerkleinerung im Rahmen des künftigen Betriebs der geplanten Umschlaganlage werden in Anlage 1 gar nicht erst aufgelistet. Gelistet werden nur die Lagerung von Abfällen in Nr. 8.7 sowie 8.9 der Anlage 1 zum UVPG sowie die beabsichtigte Waldrodung im Zuge der Errichtung der Umschlaganlage in Nr. 17.2 der Anlage 1 zum UVPG.

Die Nr. 8.7 enthält indes in Spalte 1 kein „X“. Die Nr. 8.9 ist vorliegend nicht einschlägig, da die beantragte Lagerung der Abfälle sich nicht über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstrecken soll. Der Nr. 17.2 unterfällt die Rodung von Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart. Ein „X“ ist in Spalte 1 lediglich eingetragen für die Rodung von 10 ha Wald oder mehr. Vorliegend ist jedoch eine Rodung von nur knapp über einem Hektar Wald beantragt, sodass Nr. 17.2.1 hier nicht einschlägig ist.

2.1.2 Pflicht zur allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung

Es besteht jedoch **eine Pflicht zur standortbezogenen Vorprüfung nach § 7 Abs. 2 UVPG i.V.m. Nr. 17.2.3 der Anlage 1.**

Eine Pflicht zur allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung käme für ein Neu-
vorhaben in Betracht, das in Anlage 1 Spalte 2 zum UVPG mit dem Buchstaben „A“
oder „S“ gekennzeichnet ist und wenn die zur Bestimmung der Art des Vorhabens
genannten Merkmale vorliegen bzw. die angegebenen Größen- oder Leistungswerte
erreicht oder überschritten werden.

Vorliegend werden zum einen die Tätigkeit der Lagerung von Abfällen und zum an-
deren die geplante Waldrodung überhaupt nur in Anlage 1 zum UVPG aufgelistet.

Der Nr. 8.7 der Anlage 1 zum UVPG unterfällt jedoch lediglich die Zwischenlagerung
von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, und von gefährlichen
Schlämmen. Beides ist ausweislich des Abfallpositivkatalogs nicht einschlägig.

Die hier beantragte Rodung von knapp **1,12 Hektar Wald** unterfällt der Nr. 17.2.3
der Anlage 1 zum UVPG, für die in Spalte 2 ein „S“ eingetragen ist. Insoweit bedarf
es vorliegend einer standortbezogenen Vorprüfung.

Gemäß § 7 Abs. 4 UVPG i.V.m. Anlage 2 übermittelt der Vorhabenträger der zustän-
digen Behörde zur Vorbereitung der Vorprüfung geeignete Angaben zu den Merkma-
len des Neuvorhabens und des Standorts sowie zu den möglichen erheblichen Um-
weltauswirkungen des Neuvorhabens. Eine entsprechende fachgutachterliche Ein-
schätzung ist den Antragsunterlagen beigelegt.

2.2 Prüfung von Standortalternativen

Für die Umschlaganlage wurden verschiedene Standortalternativen vergleichend be-
wertet (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 2.2**).

Für die neu zu errichtende Umschlaganlage wurden in einer Alternativenprüfung drei
Standorte vergleichend bewertet. Die alternativ zur geplanten Variante geprüften
Standorte auf dem Betriebsgelände der Antragstellerin sind danach eindeutig mit
schwerwiegenden Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden.

An dem ausgewählten Standort wurden verschiedene Ausführungsvarianten geprüft,
insbesondere um die Menge des eingesetzten Materials für das Plateau zu minimieren
(**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 2.3**).

Aus rechtlicher Sicht ist klarstellend anzumerken, dass die Antragstellerin nicht zu
einer solchen Alternativenprüfung hinsichtlich Standort und Ausführung des Vorha-
bens verpflichtet ist.

Die in der Baubeschreibung Plateau enthaltenen Ausführungen und Ergebnisse der Alternativenprüfung und die der Varianten zur Realisierung des Vorhabens sind nicht Gegenstand der immissionsschutzrechtlichen, baurechtlichen und ggf. abfallrechtlichen Prüfung. Denn im Rahmen des immissionsschutzrechtlich und baurechtlich Zulässigen kann der Vorhabenträger die Umschlaganlage dort und in der Weise realisieren, wo bzw. wie dies zweckmäßig ist.

Abprachegemäß legen diese Ausführungen unter Ziff. 2.2 der Baubeschreibung Plateau der Genehmigungsbehörde dar, dass der bei Realisierung der Norderweiterung innerhalb des Betriebsgeländes einzig in Betracht kommende Standort für die Umschlaganlage gewählt wurde. Unter Ziff. 2.3 der Baubeschreibung Plateau wird dargelegt, dass das Vorhaben ausgehend von den betrieblichen Erfordernissen an diesem Standort so geplant wird, dass die Abmessungen des Plateaus und damit der Materialeinsatz möglichst gering sind.

2.3 Errichtung des Plateaus als Unterbau für die Umschlaganlage

Für die Errichtung der Umschlaganlage mit dem erforderlichen Flächenbedarf an dem ausgewählten Standort ist ein Plateau als Unterbau notwendig. Dieses Plateau ist als Teil der Umschlaganlage ebenfalls Gegenstand des vorliegenden Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG (**s. Kapitel 14.1**).

Hierzu wird als Teil der Antragsunterlagen die „Baubeschreibung Plateau“ eingereicht.

Die Antragstellerin plant, für die Herstellung des Plateaus mineralische Abfälle einzusetzen. Mit der Genehmigungsbehörde ist insofern abgestimmt, dass auch das zum Einsatz kommende Material nebst diesbezüglichen Anforderungen im Detail in den Antragsunterlagen dargestellt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich Rechtsfragen, die im Vorfeld auf Basis entsprechender Vorarbeiten bereits mit der Genehmigungsbehörde erörtert wurden. Insbesondere ist darzulegen, dass der Einsatz mineralischer Abfälle für die Herstellung des Plateaus als Verwertung von Abfällen zulässig ist. Hierzu wird nachfolgend dargelegt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Abfallverwertung erfüllt werden.

2.3.1 Rechtliche Anforderungen

2.3.1.1 Gesetzlicher Rahmen und Rechtsprechung

Die Anforderungen an die Verwendung von Abfällen ergeben sich aus dem KrWG, insbesondere aus § 7 i.V.m. § 3 Abs. 23 KrWG. Danach ist „Verwertung“ jedes Verfahren, als dessen **Hauptergebnis** die **Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt** werden, insbesondere indem sie **andere Materialien ersetzen**, die sonst zur

Erfüllung einer bestimmten Funktion verwendet worden wären. Zur stofflichen Verwertung zählen auch das Recycling und die Verfüllung (§ 3 Abs. 23a KrWG).

Im Übrigen müssen die allgemeinen Anforderungen erfüllt sein (ordnungsgemäße, hochwertige Verwertung, etc.). Hierzu gehört auch, dass die verwendeten mineralischen Abfälle, die die Funktion des Primärrohstoffs übernehmen, insofern geeignet sind und auch nur in dem Umfang eingesetzt werden, wie dies für die Funktion erforderlich ist.

Diese allgemeinen Anforderungen des KrWG zur stofflichen Verwertung werden durch die inzwischen vielfältige Rechtsprechung konkretisiert (diese bezieht sich teilweise auf die weitgehend deckungsgleichen Vorläuferregelungen des KrW-/AbfG).

Nachfolgend wird auf einige Aspekte eingegangen, die für die Beurteilung des Plateaus relevant sind:

Es genügt für die Verwertung nicht, dass irgendein Nutzen aus dem Abfall gezogen wird. Die stoffliche Verwertung beinhaltet die Substitution von Rohstoffen durch das Gewinnen von Stoffen aus Abfällen (sekundäre Rohstoffe) oder die Nutzung der stofflichen Eigenschaften der Abfälle für den ursprünglichen Zweck oder für andere Zwecke (mit Ausnahme der unmittelbaren Energierückgewinnung); eine stoffliche Verwertung liegt vor, wenn nach einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise, unter Berücksichtigung der im einzelnen Abfall bestehenden Verunreinigungen, der Hauptzweck der Maßnahme in der Nutzung des Abfalls und nicht in der Beseitigung des Schadstoffpotenzials liegt (BVerwG, Beschluss vom 05.05.2015 – 7 B 1/15).

Rohstoffe müssen durch den Abfall ersetzt werden oder aufgrund ihrer stofflichen Eigenschaft einen bestimmten abfallrechtlichen Nutzen erfüllen. Hierfür genügt es bereits, wenn als stoffliche Eigenschaft des Abfalls sein Volumen genutzt wird (BVerwG, Beschluss vom 26.07.2016 – 7 B 28.15, zur Verfüllung einer Tongrube; ebenso bereits BVerwG, Urteil vom 14.04. 2005 – 7 C 26/03; eine besondere „werkstoffliche“ Eigenschaft ist danach nicht erforderlich).

Entscheidend ist, ob die Nutzung der stofflichen Eigenschaften des Materials zu einem bestimmten Zweck oder die Beseitigung eines wegen seiner Schadstoffhaltigkeit oder aus anderen Gründen nicht weiter nutzbaren Stoffes im Vordergrund steht (BVerwG, Urteil vom 14.04.2005 – 7 C 26/03). Das Hauptergebnis der Verwertung ist primär die Ersetzung von Rohstoffen und demnach die Schonung von natürlichen Ressourcen (vgl. OVG Münster Urteil vom 18.12.2019 – 8 D 9/16, Rn.34).

Gesetzgeber wie Rechtsprechung unterscheiden – anders als die nachfolgend angesprochenen Vollzugshilfen – nicht generell zwischen verschiedenen Zwecken der stofflichen Verwertung, für die dann unterschiedliche Anforderungen gelten sollen. Vielmehr genügt es für eine Verwertung allgemein, wenn die Abfälle als Hauptergebnis des Verfahrens einem „sinnvollen Zweck“ zugeführt werden.

Ferner schränkt das KrWG – ebenso wie die Rechtsprechung – die Zulässigkeit der stofflichen Verwertung nach § 7 i.V.m. § 3 Nr. 23 KrWG nicht auf eine bestimmte Materialmenge bzw. -mächtigkeit ein. Vielmehr kann z.B. ein Bauwerk vollständig aus mineralischen Abfällen hergestellt werden, unabhängig davon, wie groß der Materialbedarf ist. Dies ist auch im Sinne des Gesetzeszwecks, weil insofern wertvolle Rohstoffe gespart werden.

2.3.1.2 Vollzugshilfen

Als Vollzugshilfen in Rheinland-Pfalz dienen u.a. die Alex-Infoblätter 26 und 32 des LfU. Diese Alex-Informationsblätter ergänzen die LAGA-Mitteilung M20 – Teil I. Allgemeiner Teil 2003 nebst TR Bauschutt (1997) und TR Boden (2004) – die im Vollzug angewendet werden soll (vgl. Alex 26, Schema und Erläuterungen auf S. 5 sowie die Verweise unter den verschiedenen Fallgruppen und Alex 32, Ziff. 2.2 sowie Verweise in den „Prinzipiskizzen“ der Anlagen 1–3).

In den einschlägigen Vollzugshilfen wird zwischen der Verwertung mineralischer Abfälle in „technischen Bauwerken“ einerseits und „bodenähnlichen Anwendungen“ (Landschaftsbau) mit jeweils spezifischen Anforderungen unterschieden.

Im Vorfeld wurde Seitens der SGD vor allem auf das im November 2020 veröffentlichte Alex-Infoblatt 32 – „Verwertung von Boden und aufbereitetem mineralischem Bauabfall in der Praxis in Rheinland-Pfalz, hier: Abgrenzung zwischen bodenähnlicher Anwendung und technischem Bauwerk“ – verwiesen.

Für die Definition „technisches Bauwerk“ wird in Alex 32, Ziff. 2.2 auf die LAGA M20 (Teil I, Kapitel 3) verwiesen.

Technische Bauwerke sind danach:

„Mit dem Boden verbundene Anlagen, die aus Bauprodukten und/oder mineralischen Abfällen hergestellt werden und technische Funktionen erfüllen. Hierzu gehören insbesondere Straßen, Wege, Verkehr-, Industrie-, Gewerbeflächen (Ober- und Unterbau) einschließlich begleitender Erdbaumaßnahmen (z.B. Lärm- und Sichtschutzwällen), Gebäude (einschließlich Unterbau).“

Unter Ziff. 2.2 nennt Alex 32 als **technische Bauwerke** ausdrücklich den **Unterbau von Verkehrs- und Gewerbeflächen** sowie **Gebäuden und Anschüttungen zur Stabilisierung von Böschungen** und Bermen.

Die Abfälle müssen zur Herstellung einer **technischen Funktion** dienen. Die Abmessungen der technischen Funktionsschichten bzw. Bauwerke ergeben sich v.a. aus **bautechnischen, konstruktiven** und/oder **statischen Erfordernissen**, z.B. Anforderungen an die Tragfähigkeit und Verformbarkeit.

Von der bau- und umwelttechnischen Eignung des Materials ist auszugehen, wenn es die erforderlichen **stofflichen, hydraulischen und geotechnischen Eigenschaften** zur Herstellung der **technischen Funktion** (z.B. **Trag- und Scherfestigkeit**) besitzt (Alex 32, Ziff. 2.4).

Von der Verwertung in technischen Bauwerken werden in der LAGA M20 wie in anderen Vollzugshilfen – insbesondere in Alex 32 – bodenähnliche Anwendungen unterschieden (näher dort unter Ziff. 2.1 und 2.3). Die Abgrenzung kann im Einzelfall schwierig sein – hierfür soll das Infoblatt erklärtermaßen Kriterien bieten; in den Prinzipskizzen für bodenähnliche Anwendungen und technische Bauwerke soll veranschaulicht werden, wo das technische Bauwerk beginnt/endet und was zur Geländemodellierung gehört. (vgl. Ziff. 1.1).

Der **alleinige Ausgleich eines Volumendefizits unter einem technischen Bauwerk** ist danach keine technische Funktion (sondern eine bodenähnliche Anwendung). Dies ist bei einer Auffüllung u.a. eines Hanges, einer Mulde und einer (Bau-) Grube im Rahmen einer Geländemodellierung zum Zwecke der Herstellung einer flachen Ebene, die für das geplante technische Bauwerk erforderlich ist (z.B. Lagerfläche, Gebäude, Erdwall), gegeben.

Die von den technischen Erfordernissen bestimmten Abmessungen des technischen Bauwerks können durch eine überprüfbare Planung mit rechnerischen Nachweisen dargelegt werden; bei bis zu 1 m tiefen Unterbauten unterhalb des Gründungskörpers/Fundaments ist in der Regel kein solcher rechnerischer Nachweis nötig (Alex 32, Ziff. 2.4). Daraus folgt, dass auch die einschlägigen Vollzugshilfen nicht vorschreiben, dass bei technischen Bauwerken die Mächtigkeit bzw. der Materialeinsatz generell begrenzt sein muss; dies gilt insbesondere auch für Alex 32. Vielmehr bleibt Raum für die Berücksichtigung der Einzelfallumstände. Dies ist aus rechtlicher Sicht (vgl. oben, Ziff. 2.3.1.1) auch notwendig; denn die Anforderungen an die Beschaffenheit und Mächtigkeit des Unterbaus baulicher Anlagen ist höchst unterschiedlich (wir verweisen auf die in der Baubeschreibung Plateau erwähnten Fallbeispiele Lagerfläche/Verkehrsfläche bzw. Hochhaus). Überdies dürfte die erforderliche Mächtigkeit des Unterbaus von baulichen Anlagen auch von den standörtlich verschiedenen Untergrundverhältnissen abhängen.

2.3.2 Rechtliche Bewertung

Zweifelsfrei ist zunächst, dass der Einsatz des gesamten für die Errichtung des Plateaus geplanten, abfallstämmigen Materials ein Verfahren der Abfallverwertung ist (vgl. oben, Ziff. 2.3.1.1). Klärungsbedürftig ist allerdings, ob das Plateau insgesamt ein technisches Bauwerk ist oder ob die Abfälle (teilweise) in einer „bodenähnlichen Anwendung“ verwertet werden (vgl. oben Ziff. 2.3.1.2 zu den Länder-Vollzugshilfen), indem sie in das Plateau eingebaut werden.

Nachfolgend zur **Einstufung des Plateaus** als technisches Bauwerk (Ziff. 2.3.2.1), zur **technischen Funktion** der eingesetzten Abfälle (Ziff. 2.3.2.2) und zu den **übrigen Anforderungen**, insbesondere an die ordnungsgemäße Verwertung (Ziff. 2.3.2.3).

2.3.2.1 Das Plateau als technisches Bauwerk

In der Videokonferenz mit der Genehmigungsbehörde und dem LfU am 26.02.2021 bestand Einigkeit, dass das Vorhaben grundsätzlich der Prinzipskizze 2a in Alex 32 zuzuordnen ist. Dort ist allerdings kein mächtiges Plateau für die Realisierung des Vorhabens erforderlich. Außerdem sind die räumlichen Verhältnisse und die geotechnischen Herausforderungen unterschiedlich (insbesondere sind „Urgelände“ (vorhandene Talflanke) und die herzustellende Böschung des Plateaus wesentlich steiler als in der Skizze), vgl. dazu Baubeschreibung Plateau (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 5.3**)

Das geplante Plateau ist als Unterbau für die Umschlaganlage und die zugehörigen Verkehrsflächen in den geplanten Abmessungen erforderlich; ohne dieses Plateau kann die Umschlaganlage nämlich an dem Standort nicht sicher errichtet und betrieben werden (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 2.3, 3 und 5.3**).

Daraus ergibt sich ohne Weiteres die technische Funktion des Plateaus insgesamt: Es erfüllt die technische Funktion eines Unterbaus.

In der o.g. Besprechung wurde behördlicherseits die Auffassung vertreten, es müsse für alle Teilbereiche des Plateaus – auch außerhalb der bewehrten Erde – nachgewiesen werden, dass die eingesetzten Abfälle technische Funktionen erfüllen. Dieser Nachweis wird in der Baubeschreibung Plateau (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 5.3**) nunmehr erbracht (dazu nachfolgend Ziff. 2.3.2.2).

Allerdings liegt es bei einem solchen Unterbau (Plateau), der dazu dient, die erforderliche Höhe und Grundfläche für das Bauvorhaben bei Einhaltung aller statischen Mindestanforderungen zu generieren, auf der Hand, dass es insgesamt als technisches Bauwerk einzustufen ist.

So wäre es aus unserer Sicht verfehlt, allein den Teilbereich mit der bewehrten Erde als technisches Bauwerk einstufen zu wollen, den am Hang anliegenden Teil des Plateaus aber als „Geländemodellierung“. Denn das Plateau kann allein mit dem Teilbereich aus bewehrter Erde seine Funktion nicht erfüllen und muss schon aus elementaren statischen Gründen als Bauwerk mit den geplanten Abmessungen errichtet werden. Das Plateau kann daher nicht sinnvoll „aufgeteilt“ werden in ein „technisches Bauwerk“ und eine davon funktional zu trennende „bodenähnliche Anwendung“.

Sämtliche Teile des Plateaus erfüllen die Funktion eines Unterbaus; auch die am Hang aufliegenden Teilbereiche des Plateaus dienen nicht dem Landschaftsbau („Geländemodellierung“) und können dort auch ersichtlich keine Bodenfunktionen erfüllen.

Dementsprechend verlangt auch Alex 32 nicht, dass für die im Einzelnen eingesetzten Abfälle nachgewiesen wird, dass sie eine technische Funktion erfüllen. Vielmehr sind ausgehend von dem jeweiligen Zweck die **„erforderlichen Abmessungen“** der technischen Funktionsschichten bzw. Bauwerke zu ermitteln, die sich aus bautechnischen, konstruktiven und/oder statischen Erfordernissen ergeben.

In der Baubeschreibung Plateau ist dargelegt, dass das Plateau mit den geplanten Abmessungen als Unterbau für ein Gebäude nebst Verkehrs- und Gewerbeflächen erforderlich ist. Das Plateau ist somit als technisches Bauwerk im Sinne der maßgeblichen Vollzugshilfen (s.o., Ziff. 2.3.1.2) einzustufen.

Diese Sichtweise entspricht übrigens auch der Einordnung anderer technischer Bauwerke nach Alex 32: So werden auch Stützkörper von Böschungen und Erdwälle (z.B. zum Lärmschutz) in ihren zweckentsprechenden Abmessungen (z.B. abhängig vom Böschungswinkel gemäß Standsicherheitsprüfung) insgesamt als technische Bauwerke eingestuft. Ebenso ist ein Plateau insgesamt als technisches Bauwerk einzustufen, das die geplanten Abmessungen haben muss, um seine Funktion zu erfüllen.

Unseres Erachtens ist es daher nicht notwendig, für alle Teile des Plateaus nachzuweisen, dass die darin **eingesetzten Abfälle** eine **technische Funktion** erfüllen.

Diese **ergibt sich bereits ohne Weiteres daraus, dass die eingesetzten Abfälle Teil des Plateaus sind**. Insofern genügt – auch nach Alex 32, Ziff. 2.4 – der Nachweis, dass das Plateau (als technisches Bauwerk) diese Abmessungen haben muss, um seine Funktion zu erfüllen. Diese Beschränkung auf die für den **„Zweck erforderlichen Abmessungen“** (Alex 32, Ziff. 2.4) stellt zugleich sicher, dass das Hauptergebnis der Maßnahme die Nutzung der stofflichen Eigenschaften der Abfälle nach den abfallrechtlichen Kriterien ist (s.o., Ziff. 2.3.1.1).

2.3.2.2 Geotechnische und umwelttechnische Materialeigenschaften

Verlangt man abweichend von der vorstehenden Bewertung den Nachweis technischer Funktionen für alle Abfälle, die im Plateau eingesetzt werden, so ist auf Folgendes hinzuweisen:

In der o.g. Besprechung wurde diskutiert, welche technischen Funktionen für die Abfälle im Plateau als „Verwertung“ anerkannt werden können. Hierzu gehört die Lastaufnahme (Scherfestigkeit/Tragfähigkeit) als elementare Funktion des Unterbaus. Das Plateau muss aber auch so beschaffen sein, dass es selbst standsicher ist und seine Funktion als Unterbau auch dauerhaft erfüllen kann.

In diese technische Funktion fließen sämtliche bautechnischen, konstruktiven und statischen Erfordernisse ein (vgl. oben Ziff. 2.3.1.2 zu Alex 32, dort Ziff. 2.4). Auch nach der einschlägigen Rechtsprechung ist die stoffliche Verwertung nicht beschränkt auf bestimmte (technische) Zwecke oder Funktionen (s.o., Ziff. 2.3.1.1).

Die Mächtigkeit eines technischen Bauwerks, hier eines Unterbaus, hängt von seiner Konstruktion und Funktion ab. Die Mächtigkeit, die geplanten Stützkonstruktionen sowie die einzubauenden Schichten richten sich unmittelbar nach dem Bedarf der auf dem Plateau zu errichtenden Umschlaganlage (Größe der Betriebsfläche, Standsicherheit, Auflast etc.). Details sind der Baubeschreibung Plateau zu entnehmen. Wie dargelegt, erfüllt das gesamte im Plateau eingesetzte Material eine solche technische Funktion. Jedenfalls muss es hierfür genügen, wenn alle im Plateau eingesetzten Abfälle spezifische geotechnische Anforderungen erfüllen müssen. In diesem Zusammenhang wurde in der o.g. Besprechung von Seiten der Antragstellerin ausgeführt, dass die eingesetzten Abfälle schon deshalb nicht dem „alleinigen Ausgleich eines Volumendefizits“ (i.S.d. Alex 32, Ziff. 2.3) dienen, weil alle Abfälle spezifische geotechnische Parameter erfüllen müssen.

Von behördlicher Seite wurde darauf sinngemäß erwidert, dass letztlich auch die im Landschaftsbau eingesetzten Abfälle (auch unterhalb technischer Bauwerke) regelmäßig eine gewisse technische Funktion erfüllen, weil sie z.B. eine bestimmte Tragfähigkeit aufweisen. Die von Seiten der Antragstellerin gestellte Frage, wo die Schwelle zwischen erforderlichen Materialeigenschaften im Landschaftsbau (unterhalb technischer Bauwerke) und einer (qualifizierten) technischen Funktion von Material in einem technischen Bauwerk liegt, konnte in der Besprechung nicht beantwortet werden.

Jedenfalls müssen sämtliche für die Errichtung des Plateaus benötigten Abfälle – auch außerhalb der sog. bewehrten Erde – schon aus statischen Gründen spezifische und hohe geotechnische Materialeigenschaften erfüllen (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 5.3, 6 und 7**). Insbesondere aufgrund der Anforderungen an die Scherfestigkeit kommen insoweit nur spezielle Materialien in Betracht, die in der Praxis bei Bauvorhaben eingesetzt werden, die hohe geotechnische Anforderungen an die Baustoffe stellen. Es besteht daher kein Zweifel, dass diese Abfälle als Bestandteil des Plateaus eine technische Funktion im Sinne der einschlägigen Vollzugshilfen (s.o., Ziff. 2.3.1.2) erfüllen. Erst recht werden stoffliche Eigenschaften der Abfälle – als Hauptergebnis der Maßnahme – im Sinne der einschlägigen Rechtsprechung (s.o., Ziff. 2.3.1.1) genutzt.

Es handelt sich daher um eine Verwertungsmaßnahme.

2.3.2.3 Erfüllung der Anforderungen an die Verwertung

In der Baubeschreibung Plateaufläche ist die Ausführung des Vorhabens unter Beachtung der technischen Regeln und Anforderungen dargelegt: Stützkonstruktion, bautechnische Maßnahmen (z.B. Versiegelung der Oberfläche wegen der Verwertung von Material > Z 1.2 bis Klasse Z 2, für die mineralische Dichtung zwischen Steinschüttung und Auftragsmaterial und für die Drainage) und umwelttechnische sowie bodenmechanische Anforderungen an das Auftragsmaterial (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 3 bis 7**).

Durch die geplanten baulichen und technischen Maßnahmen insbesondere zum Zwecke des Gewässerschutzes ist sichergestellt, dass es zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen durch das Bauwerk kommt (Details siehe Baubeschreibung Plateau, dort Ziff. 6). (**s. Kapitel 14.1.2, Baubeschreibung Plateaufläche, dort Ziff. 6**).

2.4 Naturschutzrechtliche Belange

Das geplante Vorhaben greift in die Natur und Landschaft ein. Dies hat zur Folge, dass der Verursacher gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen hat. Dies ist vorliegend der Fall. Das geplante Vorhaben beschränkt sich insoweit auf das Mindestmaß des Erforderlichen. Zumutbare Alternativen, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erreichen, sind nicht gegeben. Die näheren Details können dem beiliegenden Fachbeitrag Naturschutz entnommen werden.

Ebenso hat der Verursacher gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen. Auch dies ist vorliegend vorgesehen. Die beabsichtigten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen können im Detail dem beiliegenden Fachbeitrag Naturschutz entnommen werden.

Das geplante Vorhaben wird ausweislich des beiliegenden Fachbeitrags Naturschutz nicht innerhalb eines Schutzgebietes i.S.d. BNatSchG oder WHG errichtet, sodass kein ausgewiesenes Schutzgebiet der Zulassung des Vorhabens entgegensteht.

Das geplante Vorhaben verstößt auch nicht gegen § 39 BNatSchG. Die allgemeinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des Abs. 1 stehen unter dem Vorbehalt des vernünftigen Grundes. Ein vernünftiger Grund ist anzunehmen, wenn die betreffende Handlung durch die Rechtsordnung erlaubt oder sonst sozial adäquat ist. Dies ist vorliegend der Fall.

Die Verbote des § 39 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG gelten gemäß Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 nicht bei zulässigen Eingriffen in die Natur und Landschaft nach § 15 BNatSchG.

Wie oben bereits erläutert und im beiliegenden Fachbeitrag Naturschutz detailliert beschrieben, entspricht das geplante Vorhaben den Anforderungen des § 15 BNatSchG.

Für die Realisierung der geplanten Umschlaganlage ist die Rodung von Waldbeständen erforderlich. Hierbei handelt es sich um „Wald“ i.S.d. § 2 Abs. 1 BWaldG i.V.m. § 3 Abs. 1–3 LWaldG. Der Antrag auf Rodung und Umwandlung in eine andere Bodennutzungsart nach § 9 Abs. 1 BWaldG i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWaldG liegt den Antragsunterlagen bei.

Der Erteilung der Waldumwandlungsgenehmigung stehen keine Hinderungsgründe entgegen. Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag hat die Behörde gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 BWaldG i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 2 LWaldG die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzenden sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Eine Abwägung zwischen den Rechten, Pflichten sowie wirtschaftlichen Interessen der Antragstellerin und den Belangen der Allgemeinheit fällt zu Gunsten der Antragstellerin aus. Es ist nicht erkennbar, welche Belange der Allgemeinheit die Interessen der Antragstellerin überwiegen sollen.

Die Verlegung der Umschlaganlage ist bedingt durch die Erweiterung der Ablagerungsfläche der Deponie Kapiteltal (Deponieerweiterung (Nord)). Die Erweiterung der Ablagerungsfläche sowie die Wiedererrichtung der Umschlaganlage an anderer Stelle dienen der Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit, die Bestandteil der hoheitlichen Abfallentsorgungsaufgabe der Antragstellerin ist.

Die Erhaltung der betreffenden Waldbestände liegt nicht überwiegend im öffentlichen Interesse. Die Waldflächen sind weder für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts noch für die forstwirtschaftliche Erzeugung oder für die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung. Die näheren Details können dem beiliegenden Fachbeitrag Naturschutz (**s. Kapitel 8.2**) entnommen werden.

2.5 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Gemäß § 62 Abs. 1 WHG müssen Anlagen zum Lagern und Behandeln wassergefährdender Stoffe sowie Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Bereich öffentlicher Einrichtungen so beschaffen sein und so errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden, dass eine nachteilige Veränderung der Eigenschaften von Gewässern nicht zu besorgen ist.

Die hier beantragte Umschlaganlage wird so errichtet und betrieben werden, dass eine nachteilige Veränderung der Eigenschaften von Gewässern nicht zu besorgen ist. In der Anlage soll mit Abfällen umgegangen werden, die feste Gemische i.S.d.

§ 2 Abs. 4, 7 AwSV darstellen und daher laut § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 AwSV als allgemein wassergefährdend gelten. Hinzu kommt das im Zerkleinerer befindliche Hydraulik- sowie Getriebeöl. Die gehandhabten wassergefährdenden Stoffe sind im Detail den beiliegenden Formularen 4a i.V.m. **(s. Kapitel 4.2)** mit dem Abfallpositivkatalog zu entnehmen **(s. Kapitel 4.4)**.

Gemäß § 3 Abs. 1, § 8 Abs. 1 AwSV i.V.m. Anlage 1 hat die Antragstellerin das im Zerkleinerer befindliche Hydrauliköl in die Wassergefährdungsklasse 1 und das Getriebeöl in die Wassergefährdungsklasse 2 eingestuft. Diese Zuordnung ergibt sich aus den Sicherheitsdatenblättern für das zu verwendende Hydraulik- sowie Getriebeöl. Diese Sicherheitsdatenblätter sind den Antragsunterlagen **(s. Kapitel 4.6)** beigefügt.

Zusätzlich hat die Antragstellerin den Sperrabfall gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 AwSV i.V.m. Anlage 1, Nr. 2.2 als nicht wassergefährdend eingestuft. Damit unterfällt diese Abfallart schon gar nicht dem Anwendungsbereich des § 62 Abs. 1 WHG und der AwSV. Das Dokumentationsformblatt 3 **(s. Kapitel 4.3)** ist den Antragsunterlagen beigefügt.

Die beantragte Umschlaganlage ist baulich und technisch so ausgeführt, dass sie den Anforderungen des § 62 Abs. 1 WHG und der AwSV entspricht. Für die näheren Details wird auf den beiliegenden Erläuterungsbericht und die Baubeschreibung verwiesen.

Auf den Umschlag über die Verweishnorm des § 28 Abs. 1 Satz 3 AwSV sowie auf die Zwischenlagerung der festen Abfälle ist die Privilegierung des § 26 Abs. 1 AwSV anwendbar. Der Umschlag und die Zwischenlagerung innerhalb der Halle unterfallen der Nr. 1 lit. b), da die Halle aufgrund ihrer allseitigen Geschlossenheit einen vor Witterungseinflüssen geschützten Raum darstellt, der eine Verwehung verhindert. Auch die Zwischenlagerung in den Containern auf den Außenflächen unterfällt der Nr. 1 lit. b), da die Container ihrerseits geschlossene Räume darstellen, die eine Verwehung verhindern.

Auch hinsichtlich des im Zerkleinerer befindlichen Hydraulik- sowie Getriebeöls wird den allgemeinen Anforderungen der § 17 Abs. 1 und 2, § 18 AwSV entsprochen.

Eine dichtgeschweißte Bodenwanne nimmt die im Havariefall maximal mögliche austretene Ölmenge vollständig auf, sodass wassergefährdende Stoffe nicht austreten können. Undichtheiten sowie etwaig austretendes Öl sind schnell und zuverlässig erkennbar. Standsicherheit und hinreichende Widerstandsfähigkeit sind gegeben. Als Rückhalteeinrichtung dient insoweit die flüssigkeitsundurchlässige Betonbodenfläche der Halle (§ 2 Abs. 16 AwSV: „Flächen, in oder auf denen Stoffe zurückgehalten oder in oder auf denen Stoffe abgeleitet werden“).

Die Größe der Bodenfläche reicht aus, um das zu erwartende Volumen des freigesetzten Öls bis zum Wirksamwerden geeigneter Sicherheitsvorkehrungen zu fassen. Zurückgehaltenes Öl wird ordnungsgemäß beseitigt.

Ebenfalls werden die Anforderungen des § 20 AwSV erfüllt. Bei etwaigen Brandereignissen austretende wassergefährdende Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften werden durch mobile Löschwasserbarrieren an den Hallenzugängen und -zufahrten zurückgehalten und nach dem Brandereignis kontrolliert an die Außenflächen abgegeben. Die Außenflächen sind an das VRW-Netz (verschmutztes Regenwasser) angeschlossen. In einem Brandfall dient das RRB 1 der Löschwasserrückhaltung. Das verunreinigte Wasser wird dort beprobt und je nach Ergebnis entweder in die Kanalisation der Stadtentwässerung Kaiserslautern geleitet oder einer externen Entsorgung zugeführt. Nähere Details können dem beiliegenden Brandschutzkonzept entnommen werden (**s. Kapitel 7.3**).

Ebenso wird die Antragstellerin die nach § 44 Abs. 1 bis 3 AwSV erforderliche Betriebsanweisung mit Überwachungs-, Instandhaltungs- und Notfallplan zur Festlegung der Sofortmaßnahmen zur Abwehr nachteiliger Veränderungen der Eigenschaften von Gewässern vorhalten.

Der **Antrag auf Eignungsfeststellung** nach § 63 Abs. 1 WHG liegt den Antragsunterlagen bei. (**s. Kapitel 4.9**).

Dieser Antrag erstreckt sich nicht auf jene geschlossenen Container, in denen Abfälle kurzzeitig in Verbindung mit dem Transport zur Abholung bereitgestellt werden und die den Vorschriften und Anforderungen für den Transport im öffentlichen Verkehr genügen. Die zur Abholung bereitgestellten Container unterfallen der Ausnahmeregelung des § 63 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 WHG.

2.6 Anwendbarkeit der BVT-Schlussfolgerungen für Abfallbehandlungsanlagen

Die BVT-Schlussfolgerungen für Abfallbehandlungsanlagen, die am 17.08.2018 im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurden (sog. Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1147 der Kommission über Schlussfolgerungen zu den BVT gemäß der RL 2010/75/EU für die Abfallbehandlung – Az.: C (2018) 5070), finden vorliegend keine Anwendung.

Keine der drei abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten in der geplanten Umschlaganlage eröffnet den Anwendungsbereich der BVT-Schlussfolgerungen.

Der Umschlag von Abfällen wird gar nicht erst aufgelistet.

Die Zwischenlagerung eröffnet den Anwendungsbereich gemäß Nr. 5.5. der BVT-Schlussfolgerungen nur, wenn gefährliche Abfälle mit einer Gesamtkapazität von über 50 Mg gelagert werden. Die hier beantragte Zwischenlagerung von gefährlichen Abfällen ist auf eine maximale Lagermenge von unter 30 Mg begrenzt.

Die Zerkleinerung von ungefährlichen Abfällen findet sich in Nr. 5.3 lit. b) ii) der BVT-Schlussfolgerungen in Gestalt der „Abfallvorbehandlung für die (Mit)Verbrennung“ wieder. Die hier beantragte Sperrabfallzerkleinerung stellt eine Anlage zur Vorbereitung der Verwertung nicht gefährlicher Abfälle dar, weil die zerkleinerten Sperrabfälle anschließend im MHKW der GML verbrannt werden sollen, welches eine sog. R1-Anlage darstellt, also eine Anlage zur „Verwertung“. Die Abfallvorbehandlung eröffnet den Anwendungsbereich gemäß Nr. 5.3 lit. b) ii) der BVT-Schlussfolgerungen erst ab einer Kapazität von mehr als 75 Mg pro Tag. Für die Sperrabfallzerkleinerung wird indes nur eine Kapazität von bis zu maximal 75 Mg/d beantragt.

2.7 Anwendbarkeit der Gewerbeabfallverordnung

Soweit in der geplanten Umschlaganlage mit überlassungspflichtigen Abfällen umgegangen wird, ist die Gewerbeabfallverordnung nicht anwendbar. Gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 3 GewAbfV gilt die Gewerbeabfallverordnung ausdrücklich nicht für solche Abfälle, die einem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 Satz 2 und 3 KrWG überlassen worden sind. Hierunter fallen die Abfälle, die aus der getrennten Erfassung des Holsystems aus der Stadt und dem Landkreis Kaiserslautern sowie aus der getrennten Erfassung des Bringsystems im Abfallwirtschaftszentrum Kaiserslautern-Mehlingen stammen und die die Antragstellerin in ihrer Funktion als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträgerin angenommen hat.

Soweit mit Leichtverpackungen der Systembetreiber umgegangen wird, ist die Gewerbeabfallverordnung ebenso nicht anwendbar. Gemäß § 1 Abs. 3 GewAbfV gilt die Gewerbeabfallverordnung nicht für solche Abfälle, die von den Erzeugern und Besitzern entsprechend den Regelungen des Verpackungsgesetzes zurückgeben werden.

Wird mit nicht überlassungspflichtigen Abfällen umgegangen, ist die Gewerbeabfallverordnung zwar anwendbar, doch steht sie der Zulassung des geplanten Vorhabens nicht entgegen. An die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten des Umschlags und der Zwischenlagerung von Abfällen stellt die Gewerbeabfallverordnung keine Anforderungen, die vorliegend zu beachten wären. Im Rahmen der beantragten Sperrabfallzerkleinerung stellt die Antragstellerin sicher, dass nur solche Sperrabfälle zerkleinert werden, die nach den Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung keiner Vorbehandlungsanlage zuzuführen sind.

2.8 Erfordernis eines Ausgangszustandsberichtes

Ein Ausgangszustandsbericht als Bestandteil der Antragsunterlagen ist vorliegend nicht erforderlich.

Gemäß § 10 Abs. 1a BImSchG hat der Antragsteller, der beabsichtigt, eine Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie zu betreiben, in der relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden, mit den Antragsunterlagen einen Bericht über den Ausgangszustand vorzulegen, wenn und soweit eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch die relevanten gefährlichen Stoffe möglich ist. Die Möglichkeit einer Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers besteht nicht, wenn auf Grund der tatsächlichen Umstände ein Eintrag ausgeschlossen werden kann.

Ausweislich § 3 Abs. 8 BImSchG i.V.m. § 3 der 4. BImSchV i.V.m. Nr. 8.11.2.3 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV ist lediglich die beantragte Anlage zur Sperrabfallzerkleinerung als Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie einzustufen. Die Anlagen zum Umschlagen sowie zur zeitweiligen Lagerung fallen bereits nicht in den Anwendungsbereich des § 10 Abs. 1a BImSchG und sind somit im Folgenden nicht mehr betrachtet.

In der Anlage zur Sperrabfallzerkleinerung werden keine **relevanten gefährlichen Stoffe** verwendet, erzeugt oder freigesetzt. Gemäß § 3 Abs. 9 BImSchG sind „gefährliche Stoffe“ jene Stoffe und Gemische i.S.d. Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 vom 16.12.2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-VO). Ausweislich Art. 3 der CLP-VO handelt es sich hierbei um solche Stoffe und Gemische, die den in Anhang I Teile 2 bis 5 dargelegten Kriterien für physikalische Gefahren, Gesundheitsgefahren oder Umweltgefahren entsprechen.

„Stoffe“ und „Gemische“ sind in Art. 2 Nr. 7 und 8 der CLP-VO definiert. Art. 1 Abs. 3 der CLP-VO nimmt ausdrücklich Abfall i.S.d. Richtlinie 2006/12/EG vom 05.04.2006 über Abfälle aus den Begriffsdefinitionen für Stoffe und Gemische nach Art. 2 aus. Folglich sind die in der beantragten Anlage zur Sperrabfallzerkleinerung zu behandelnden Sperrabfälle keine „gefährlichen Stoffe“ i.S.d. § 3 Abs. 9 BImSchG. Die Sperrabfälle fallen somit bereits nicht in den Anwendungsbereich des § 10 Abs. 1a BImSchG und werden im Folgenden nicht weiter betrachtet.

Das im Zerkleinerer befindliche Hydraulik- und Getriebeöl erfüllt zwar die Begriffsdefinition für ein Stoff(gemisch) nach Art. 2 Nr. 7 bzw. 8 der CLP-VO.

Ausweislich des Sicherheitsdatenblattes für das zu verwendende Hydrauliköl ist dieses aber nicht als gefährlich i.S.d. CLP-VO eingestuft.

Das Hydrauliköl ist demnach kein „gefährlicher Stoff“ i.S.d. § 3 Abs. 9 BImSchG und fällt somit aus dem Anwendungsbereich des § 10 Abs. 1a BImSchG heraus. Es wird daher im Folgenden nicht weiter betrachtet.

Das im Zerkleinerer befindliche Getriebeöl ist ausweislich des hierfür erstellen Sicherheitsdatenblattes als gefährlich i.S.d. CLP-VO eingestuft. Mithin unterfällt es dem Art. 3 der CLP-VO und ist somit ein „gefährlicher Stoff“ i.S.d. § 3 Abs. 9 BImSchG.

Die besagten Sicherheitsdatenblätter (**s. Kapitel 4.6**) sind den Antragsunterlagen beigefügt.

Das Getriebeöl im Zerkleinerer erreicht jedoch nicht die Mengenrelevanzschwelle. Der Anwendungsbereich des § 10 Abs. 1a BImSchG ist nur für relevante gefährliche Stoffe eröffnet. Gemäß § 3 Abs. 10 BImSchG sind „relevante gefährliche Stoffe“ solche Stoffe, die in erheblichem Umfang in der Anlage verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und die ihrer Art nach eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück verursachen können. Das Tatbestandsmerkmal „in erheblichem Umfang“ bedeutet eine Einschränkung der Stoffe in mengenmäßiger Hinsicht. Dies zugrunde gelegt, wird das betreffende Getriebeöl in der beantragten Anlage zur Sperrabfallzerkleinerung nicht „in erheblichem Umfang“ verwendet.

Ab welcher Mengenschwelle ein Stoff „relevant“ i.S.d. § 3 Abs. 10 BImSchG ist, lässt sich dem Gesetzeswortlaut nicht entnehmen. Aus diesem Grund hat die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) in Zusammenarbeit mit der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) und der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) in ihrer Arbeitshilfe vom 16.08.2018 in Ziff. 3.1.2.2 i.V.m. Anhang 3 Schwellenwerte in Abhängigkeit von der einschlägigen Wassergefährdungsklasse definiert, die als Anhaltspunkte herangezogen werden können. Hiernach wird für Stoff(gemisch)e der WGK 2 ein Schwellenwert von ≥ 100 Liter pro Jahr Durchsatz bzw. Liter Lagerungskapazität festgelegt. Im Zerkleinerer befinden sich etwa 60 Liter Getriebeöl. Damit liegt die Menge des Getriebeöls weit unterhalb der vorgesehenen Mengenschwelle. Anhaltspunkte, die trotz der wesentlichen Unterschreitung der Mengenschwelle für eine Relevanz sprechen würden – etwa aufgrund der Eigenschaften des Getriebeöls, seiner Gefährlichkeit, seines Verhaltens in Boden und Grundwasser o.ä. –, sind vorliegend nicht ersichtlich.

Da schon die ersten beiden Tatbestandsmerkmale des § 10 Abs. 1a BImSchG nicht vorliegen, kommt es auch nicht mehr darauf an, ob und inwieweit eine **Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch die relevanten gefährlichen Stoffe** möglich ist. Nur der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit einer Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers durch das Getriebeöl nicht bestehen würde, da aufgrund der tatsächlichen Umstände ein Eintrag ausgeschlossen wäre.



Der Zerkleinerer verfügt über eine dichtgeschweißte Bodenwanne und wird in einer geschlossenen Halle mit wasserundurchlässiger Betonbodenfläche betrieben. Es kann folglich nicht zu einem Austritt des Getriebeöls aus der Halle kommen.

Selbst wenn man den rein theoretischen Fall annähme, dass Getriebeöl im Umfeld der Halle auf die Außenflächen gelangen würde, dann wäre eine Versickerung aufgrund der umliegenden wasserundurchlässigen Oberflächenabdichtung (Asphaltdecke) ausgeschlossen. Darüber hinaus liegt der Grundwasserflurabstand mehr als 20 m unter der Bodenplatte der Umschlaghalle. Selbst wenn es zu einer Versickerung käme, würde das Getriebeöl zunächst in das technische Bauwerk Plateau einsickern und dort – schon aufgrund der geringen Mengen – gebunden bzw. abgebaut werden, bevor es in die natürlichen Bodenschichten oder das Grundwasser gelangen könnte.

3 Allgemeine Angaben

3.1 Antragsteller und öffentlich-rechtlicher Betreiber

Name/Firmenbezeichnung: Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK)
- Gemeinsame kommunale Anstalt der Stadt
und des Landkreises Kaiserslautern -

Postanschrift: Kapiteltal (Ortsgemeinde Mehlingen)
67657 Kaiserslautern

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Vorstand: Herr Dipl.-Ing. Jan B. Deubig

Tel.-Nr.: 0631 / 341170

3.2 Entwurfsverfasser

Name/Firmenbezeichnung: SCHIRMER Umwelttechnik GmbH

Postanschrift: Dekan-Laist-Straße 30
55129 Mainz

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Dipl.-Ing. Heinrich Bräckelmann
Herr M.Eng. Stefan Heinle

Tel.-Nr.: 06131 / 958080

E-Mail: h.braeckelmann@schirmerut.de
s.heinle@schirmerut.de

3.3 Angaben zum Grundstückseigentümer

Name/Firmenbezeichnung: Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK)
- Gemeinsame kommunale Anstalt der Stadt
und des Landkreises Kaiserslautern -

Postanschrift: Kapiteltal (Ortsgemeinde Mehlingen)
67657 Kaiserslautern

3.4 Fachplanungen / Fachgutachter / Dritte

Juristische Beratung und Verfahrensbegleitung

Name/Firmenbezeichnung: GGSC
Gaßner, Groth, Siederer & Coll.

Postanschrift: EnergieForum Berlin
Stralauer Platz 34
10243 Berlin

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Frau Wiebke Richmann
Frau Daniela Weber
Herr Dr. Achim Willand
Herr Jens Kröcher

Tel.-Nr.: 030 / 72610260

Naturschutz / Standortbezogene Vorprüfung nach UVPG

Name/Firmenbezeichnung: L.A.U.B. Ingenieurgesellschaft mbh
Postanschrift: Europaallee 6
67657 Kaiserslautern

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Frau Dipl.-Ing. Heike Kniephoff-Jung
Frau Dipl.-Ing (FH) Anette Weigel

Tel.-Nr.: 0631 / 3033000

Plateaufläche

Name/Firmenbezeichnung: Peschla + Rochmes GmbH (P+R)
Postanschrift: Hertelsbrunnenring 7
67657 Kaiserslautern

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Dipl.-Ing. Urban Ehl
Frau Dipl.-Ing. Diana Trautmann
Frau M.Sc. Kerstin Faust

Tel.-Nr.: 0631 / 341130

Entwässerung

Name/Firmenbezeichnung: WVE GmbH Kaiserslautern

Postanschrift: Blechhammerweg 50
67659 Kaiserslautern

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Wüst

Tel.-Nr.: 0631 / 3723192

Lärmgutachten

Name/Firmenbezeichnung: FIRU GfI
Gesellschaft für Immissionsschutz mbH

Postanschrift: Richard-Wagner-Straße 20-22
67655 Kaiserslautern

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Dipl.-Ing. Volker Ganz

Tel.-Nr.: 0631 / 362450

Staub- und Geruchgutachten

Name/Firmenbezeichnung: Müller-BBM GmbH
Niederlassung Karlsruhe

Postanschrift: Nördliche Hildapromenade 6
76133 Karlsruhe

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Dipl.-Met. Axel Rühling
Herr M.Sc. Robin Sieb

Tel.-Nr.: 0721 / 5043790

Brandschutzkonzept

Name/Firmenbezeichnung: Auth Brandschutz

Postanschrift: Lanstroper Straße 6a
59174 Kamen

Zur Bearbeitung von Rückfragen:

Projektbearbeitung: Herr Uwe Auth

Tel.-Nr.: 02307 / 9946436

3.5 Standort der Entsorgungseinrichtung

Das Abfallwirtschaftszentrum liegt etwa 1,5 km nordöstlich der Stadt Kaiserslautern in der Ortsgemeinde Mehlingen. Die Lage des Entsorgungszentrums ist im Auszug aus der topographischen Karte (**s. Kapitel 13.0, Plan-Nr. G 00**) dargestellt.

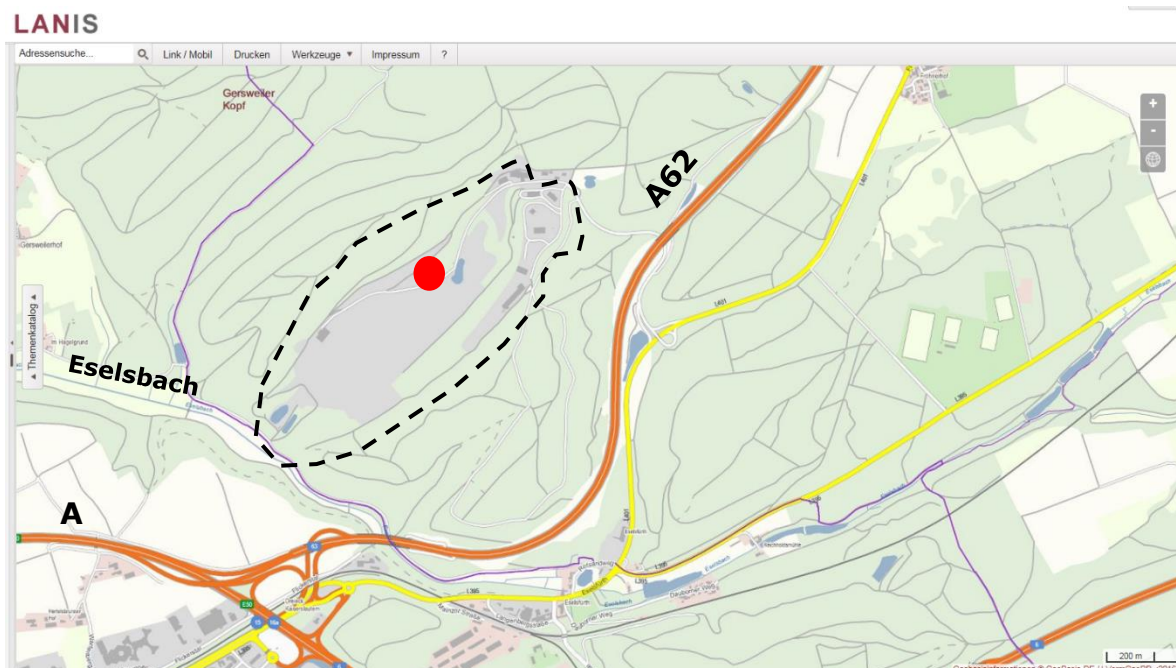
Die Lage des Projektbereiches ist dem Übersichtsplan (**s. Kapitel 13.1, Plan-Nr. G 01**) zu entnehmen.

Straße:	Kapiteltal
Ort:	67657 Kaiserslautern
Gemarkung:	Mehlingen
Flur:	Flurstück: 950/2

3.6 Angaben zur planungsrechtlichen Ausweisung

3.6.1 Planfestgestellte Deponiefläche

Der Projektbereich (**s. Abb. 6**) befindet sich innerhalb der Grenzen der planfestgestellten Deponie Kapiteltal.



 Planfestgestelltes Deponiegelände


 Neuer Standort der Umschlaganlage

Abbildung 6: Lage im Raum (Quelle Lanis 2018 + L.A.U.B.)

Innerhalb der Grenzen der planfestgestellten Deponie sind zahlreichen Einrichtungen zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen vorhanden.

Auf dem Gelände befinden sich u.a. folgende Anlagen (**s. Kapitel 13.4, Betriebsflächenplan**):

- Deponie
- Abfallumschlaganlage
- VM-Pressanlage
- Methanisierungsanlage
- Biomasseheizkraftwerk
- Altholzaufbereitungsanlage
- Grünabfallkompostierungsanlage
- Bioabfallkompostierungsanlage
- Ballierungsanlage
- Zwischenlager für nicht gefährliche Abfälle

3.6.2 Abstandsflächen Windenergieanlagen

Abstandsflächen gem. § 8 LBauO zu den Windenergieanlagen (WEA) werden nicht tangiert.

3.7 Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile

Die ausführliche Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile erfolgt in den durch das Büro L.A.U.B. erstellten Unterlagen (**s. Kapitel 8.2 und Kapitel 9.1**).

4 Beschreibung des Vorhabens

Der Standort für die Umschlaganlage (**s. Abb. 7**) befindet sich an der nördlichen Talflanke des Kapiteltals, unmittelbar nordöstlich der Abschlussböschung der Deponie.



Abbildung 7: Luftbildausschnitt (Quelle: LANIS RLP, bearbeitet)

Zur Errichtung der neuen Umschlaganlage muss an dieser Talflanke eine ca. 8.500 m² große, ebene Plateaufläche errichtet werden. Die erforderlichen Stützkonstruktionen sollen mittels „Bewehrter Erde“ hergestellt werden. Hierbei handelt es sich um eine unter 70 bis 80 Grad geneigte Stützkonstruktion bzw. Stützwand.

Neben befestigten Verkehrsflächen und Containerstellflächen wird eine Halle mit integrierter Sperrabfallzerkleinerung auf der Plateaufläche errichtet.

Von der Deponiestraße ins Tal (Richtung RRB) zweigt die neue Zufahrtsstraße zum Plateau ab.

Die Betriebsfläche Umschlaganlage wird in das Betriebsgelände der ZAK integriert.

5 Angaben zu den Anlagen

5.1 Allgemeine Beschreibung

Von der Deponiestraße ins Tal (Richtung RRB) zweigt die neue Zufahrtsstraße zum Plateau ab. Die Hauptverkehrsführung wird dabei in Richtung des Plateaus verschwenkt.

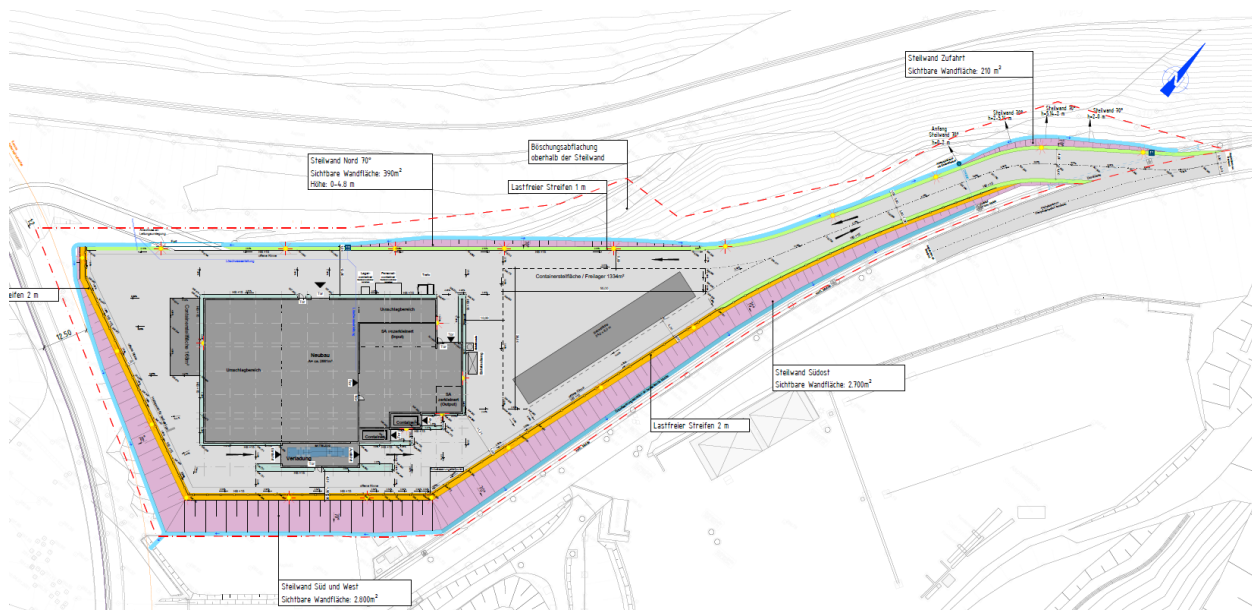


Abbildung 8: Ausschnitt Plan G 04 (Quelle SCHIRMER UT)

Die Einfahrt in den Plateaubereich ist eine Containerstellfläche / Freilagerfläche (Ausführung der Containerstellfläche für 18 Abrollcontainer in Beton) angeordnet. Bei einer Lagerung in loser Schüttung stellt ZAK entsprechende Wände aus Formblocksteinen auf den Bereich der Containerstellfläche / Freilagerfläche auf (Hinweis: wie bisher nach vorheriger Information an die SGD Süd).

Weiter geradeaus gelangt man zur Umschlaghalle.

Hier können 4 wartende Sammelfahrzeuge aufgestellt werden, ohne den Verkehrsfluss zu behindern. Die Sammelfahrzeuge fahren einzeln über eine zentrale Toranlage in die Halle ein, Verlassen diese wieder über die zentrale Toranlage und fahren dann über den Betriebsplatz gegen den Uhrzeigersinn aus.

An der Halle vorbei führt der Fahrweg (Ausführung Asphalt) der Abholfahrzeuge, z.B. Sattelzüge.

An der Westseite der Flächenbefestigung bzw. der Halle können drei wartende Sattelzüge stehen, ohne den Verkehrsfluss zu behindern.

Ferner befindet sich an der Westseite der Halle noch eine weitere Containerstellfläche für z.B. 7 Abrollcontainer.

An der Südseite der Halle befindet sich die Abholebene, die über jeweils ein Tor befahren und wieder verlassen wird. Neben der Abholebene ist eine ausreichend breite Durchfahrt vorgesehen.

Es sind folgende Betriebseinheiten und Lagerorte (**s. Abb. 9**) definiert:

Übersicht zu Betriebseinheiten und Lagerorten			
Lagerort	Beschreibung	Größe	Bodenausführung / Entwässerung
BE 210	Umschlagbereich in der Halle	930 m ²	in der Halle wasserundurchlässiger Beton, keine Entwässerung; Dachentwässerung zum URW-System (unverschmutztes Regenwasser)
BE 220	Sperrabfallzerkleinerung in der Halle	177 m ²	in der Halle wasserundurchlässiger Beton, keine Entwässerung; Dachentwässerung zum URW-System (unverschmutztes Regenwasser)
BE 310	Containerstellfläche / Freilager	1.334 m ²	Asphalt (Freilager), Beton (Containerstellfläche) Ableitung als verschmutztes Regenwasser zur Kläranlage
BE 320	Containerstellfläche	168 m ²	Beton, Ableitung als verschmutztes Regenwasser zur Kläranlage

Abbildung 9: Umschlaganlage Betriebseinheiten und Lagerorte

Für die Aufbereitung der Sperrabfälle (15.000 Mg/a) kommt weiterhin der langsam laufender Zweiwellenzerkleinerer der Fa. EuRec GmbH, wie im derzeitigen Betrieb der Umschlaganlage genehmigt, zum Einsatz.

Der Antrieb der Maschine erfolgt elektrisch. Eine Magnetscheidung findet nicht statt.



Abbildung 10: Fotos Sperrabfallzerkleinerung Bestand (Quelle SCHIRMER UT)

Eine ausführliche technische Beschreibung sowie eine technische Zeichnung des Sperrabfallzerkleinerers der Fa. EuRec GmbH (Typ 24.00) ist dem **Kapitel 3.2** und **Kapitel 3.3** zu entnehmen.

5.2 Flächenbedarf

Für die Umsetzung der Planung ergibt sich folgender Flächenbedarf:

Bezeichnung	Fläche (m ²)
Zufahrtsstraße, Asphalt	1.007
Verkehrsfläche, Asphalt	4.345
Freilager, Asphalt	902
Containerstellfläche, Beton	600
Hallenfläche	2.661

A befestigte Fläche, gesamt = **9.515 m²**

6 Baubeschreibung

Für folgende Bereiche werden Bauanträge nach Landesbauordnung (LBauO) gestellt.
Die Bauantragsunterlagen sind vollständig dem **Kapitel 14** wie folgt beigelegt:

Kapitel 14.1: Herstellung des Unterbaus für die Plateaufläche

Kapitel 14.2: Platzbefestigung, Lagerflächen

Kapitel 14.3: Neubau der Umschlaghalle

Kapitel 14.4: Versetzen des Personalcontainers (Bestand)

Innerhalb dieser Kapitel sind die Unterlagen **anforderungsbezogen** für jede genehmigungspflichtige Einheit nach dem folgenden Schema gegliedert:

- Formular: Antrag auf Baugenehmigung (LBauO)
- Formular Baubeschreibung Gebäude (LBauO)
- Formular Betriebsbeschreibung (LBauO)
- Allgemeine Baubeschreibung (P+R / SCHIRMER UT)
- Bauzeichnungen (P+R / SCHIRMER UT)
- Berechnung zum Bauantrag (SCHIRMER UT)
- Erhebungsbogen (Stat. Landesamt RLP)

Zudem sind in **Kapitel 14.5** noch folgende Unterlagen beigelegt, die allgemein für alle Einheiten Gültigkeit besitzen:

- Liegenschaftsplan mit Eintragungen (SCHIRMER UT)
- Versicherungsnachweis (SCHIRMER UT)
- Bauvorlageberechtigung (Heinrich Bräckelmann)

Hinweis:

Das Bauvorhaben ist vollständig im Kapitel 14 beschrieben, sodass an dieser Stelle keine weiteren Erläuterungen erfolgen.

7 Äußere Erschließung

Die folgenden Bereiche der Erschließung erfolgen über bestehende Strukturen der ZAK und unterliegen keinen Änderungen:

- Wasserversorgung
- Abwasserentsorgung
- Stromversorgung
- Verkehrserschließung
- Zaun- und Toranlage

Hinweis:

In einem separaten, wasserrechtlichen Verfahren (Fachplaner WVE GmbH) werden die Änderungen der Einzugsgebiete dargestellt.

8 Innere Erschließung

Zur Errichtung der neuen Umschlaganlage muss an dieser Talflanke eine ca. 8.500 m² große, ebene Plateaufläche errichtet werden. Die erforderlichen Stützkonstruktionen sollen mittels „Bewehrter Erde“ hergestellt werden. Hierbei handelt es sich um eine unter 70 bis 80 Grad geneigte Stützkonstruktion bzw. Stützwand.

8.1 Platzbefestigung

Die Platzbefestigung umfasst folgende **Funktionsbereiche**:

- Zufahrt zum Plateau (1.007 m²) in Asphaltbauweise, von der alten Deponiestraße aus
- Verkehrsflächen (4.345 m²) in Asphaltbauweise, Verkehrsführung mit dem Uhrzeigersinn um die Halle herum
- Freilagerfläche (902 m²) in Asphaltbauweise
- Stellflächen für Container (600 m²) in Betonbauweise

Der Deckenaufbau ist den Ausführungen im Bauantrag zur Platzbefestigung (**s. Kapitel 14.2.2**) zu entnehmen.

Die übergeordnete Neigung der Plateaufläche fällt von Nord-Westen (ca. 307,5 m üNN) nach Süd-Osten (ca. 304,5 m üNN). Die Asphaltflächen ist zu offenen Entwässerungsmulden (Tiefachsen im Asphalt) geneigt. An zentraler Fläche im Süd-Westen erfolgt die Fassung des Oberflächenwassers (**s. Kapitel 14.2.3**).

8.2 Wasserversorgung

Eine Trinkwassernutzung ist im Projektbereich nur für den Personalcontainer und zur Bedüsung (Staubniederhaltung im Aufgabetrichter des Zerkleinerers) vorgesehen.

Eine Löschwasserleitung, die das Baufeld des Plateaus quert, wird westlich um das Baufeld herumgeführt. An diese Leitung wird Abzweig zum Plateau (Stichleitung) angeschlossen. Vor der Hauptzufahrt der Halle (nördl. Tor) wird ein Überflurhydrant installiert, während innerhalb der Halle ein Wandhydrant angeschlossen wird.

Durch den installierten Überflurhydrant ist in Kombination mit den Bestandshydranten an der alten Deponiezufahrt eine ausreichende Löschwasserversorgung gegeben (**s. Kapitel 7.3**).

Notwendige Reinigungsarbeiten im Bereich der Umschlaganlage werden nach Bedarf mit Löschwasser ausgeführt.

8.3 Entwässerung

Auf dem Gelände der ZAK wird im Trennsystem entwässert, wobei das Regenwasser zusätzlich in „verschmutzt“ und „unverschmutzt“ unterschieden wird (daraus folgen: SW, VRW und URW).

- Verkehrsflächen und Zufahrtstraße sowie Containerstellflächen / Freilager, werden an das **VRW-System** (verschmutztes Regenwasser) angeschlossen. Die Fassung erfolgt über im Asphalt profilierte Mulden und Bordanlagen am Rand der Flächen. Am Tiefpunkt wird das Oberflächenwasser gefasst und an das VRW-System abgegeben.
- Dachflächen, Bankette und Böschungen und Dränagen, bei denen eine Verunreinigung auszuschließen ist, werden dem **URW-System** (unverschmutztes Regenwasser) zugeordnet.
- Schmutzwasser aus dem Container wird dem **SW-System** zugeordnet.

Hinweis:

Die WVE GmbH in Kaiserslautern wurde durch ZAK beauftragt, die Antragsunterlagen gemäß Landeswassergesetz (LWG) zu erstellen.

Auszugsweise Darstellungen aus dem **wasserrechtlichen Verfahren** sind den Antragsunterlagen im **Kapitel 15** zu entnehmen.

Zum vorhandenen Entwässerungssystem der ZAK sind gegenüber dem Projektgebiet Umschlaganlage in Abstimmung mit der WVE GmbH (Herr Wüst) drei Schnitt- bzw. Übergabestellen geplant (**s. Kapitel 15.5 bis 15.9**).

- Das im Projektbereich gefasste Oberflächenwasser des VRW-Systems (verschmutztes Regenwasser) wird über eine neue Kanaltrasse im Bereich der Zufahrtsstraße an den Bestandskanal mit Anschluss an das vorh. RRB 1 abgegeben.
- Das im Projektbereich gefasste Oberflächenwasser des **URW**-Systems (unverschmutztes Regenwasser) wird über eine neue Kanaltrasse im Bereich der Zufahrtsstraße an das bestehende Grabenprofil mit Anschluss an das vorh. RRB 2 abgegeben.
- Das im Projektbereich gefasste Schmutzwasser wird über eine neue Kanaltrasse im Bereich der Zufahrtsstraße an den Bestandskanal SW mit Anschluss an die bestehende Vorlagekammer abgegeben.
- Innerhalb der Umschlaghalle sind keine Entwässerungseinrichtungen geplant.

8.4 Stromversorgung

Die Stromversorgung erfolgt von einer Trafostation im Bereich der Umschlaganlage über Leerrohrtrassen nebst Kabelschächten sowie erdverlegten Anschlussleitungen.

Stromanschlüsse

Die Halle wird entsprechend den Erfordernissen mit ausreichend leistungsfähigen und nach den Richtlinien abgesicherten Stromanschlüssen ausgestattet.

Steckdosenkombinationen

Steckdosenkombinationen werden nach den einschlägigen DIN- und VDE-Vorschriften hergestellt.

Platzbeleuchtung

Die Beleuchtung umfasst alle erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Platzbefestigung zur Einhaltung der nach den einschlägigen DIN- und VDE-Vorschriften geforderten Beleuchtungsstärken.

Die Leuchtkörper (LED) werden auf der Fläche an Masten bzw. an der Fassade der Halle blendfrei angeordnet.

9 Betriebsbeschreibung, verfahrenstechnische und anlagentechnische Beschreibung

Alle ein- und ausfahrenden Fahrzeuge passieren die Waage an der ZAK-Hauptzufahrt. Dort werden die Wiege- und sonstigen Daten erfasst. Über die Deponiestraße und die neu herzustellende Zufahrtsstraße erreicht man das Plateau.

Abfallumschlag innerhalb der Halle (BE 210)

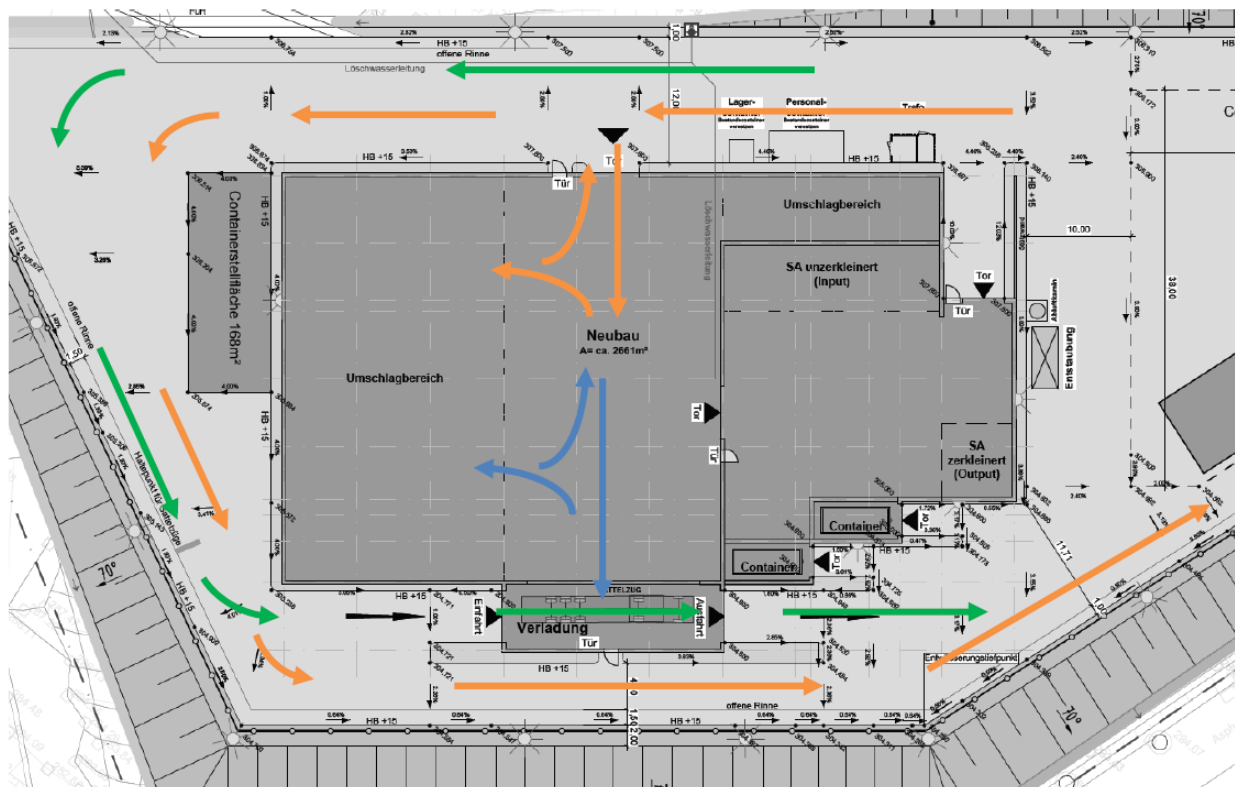


Abbildung 11: Abfallumschlag innerhalb der Halle (BE 210)

- (1) Die Anlieferfahrzeuge, z.B. Sammelfahrzeuge warten vor der zentralen Hallenzufahrt und melden sich beim Personal; nach Erfordernis erfolgt eine Datenerfassung.
- (2) Nach Aufforderung fahren die Anlieferfahrzeuge einzeln in die Halle ein und kippen im zugewiesenen Umschlagbereich ab. Die Umschlagbereiche sind durch Betonformsteine voneinander getrennt und werden je nach betrieblichem Erfordernis angepasst. Durch das Betriebspersonal erfolgt eine Sichtprüfung des angelieferten Materials.
- (3) Das Anlieferfahrzeug verlässt den Hallenbereich über das zentrale Tor und fährt dann gegen den Uhrzeigersinn um die Halle herum zurück in Richtung Zufahrt / Waage.

- (4) Die Umschlagbereiche der verschiedenen Fraktionen werden auf diese Weise befüllt, bis praktikable Transportmengen erreicht sind. Nach Erfordernis kommt ein Radlader beim Befüllen der Umschlagbereiche zum Einsatz.
- (5) Die Abholfahrzeuge, z.B. Sattelzüge fahren um die Halle herum, stellen sich im süd-westlichen Bereich auf und melden sich beim Personal; nach Erfordernis erfolgt eine Datenerfassung.
- (6) Nach Aufforderung fahren die Abholfahrzeuge einzeln in den Abholbereich ein.
- (7) Ein Radlader entnimmt die Abfälle aus den Umschlagbereichen und befüllt die Abholfahrzeuge von oben.
- (8) Nach Vollfüllung verlässt das Abholfahrzeug den Abholbereich und fährt in Richtung Zufahrt / Waage.

Sperrabfallzerkleinerung innerhalb der Halle (BE 220)

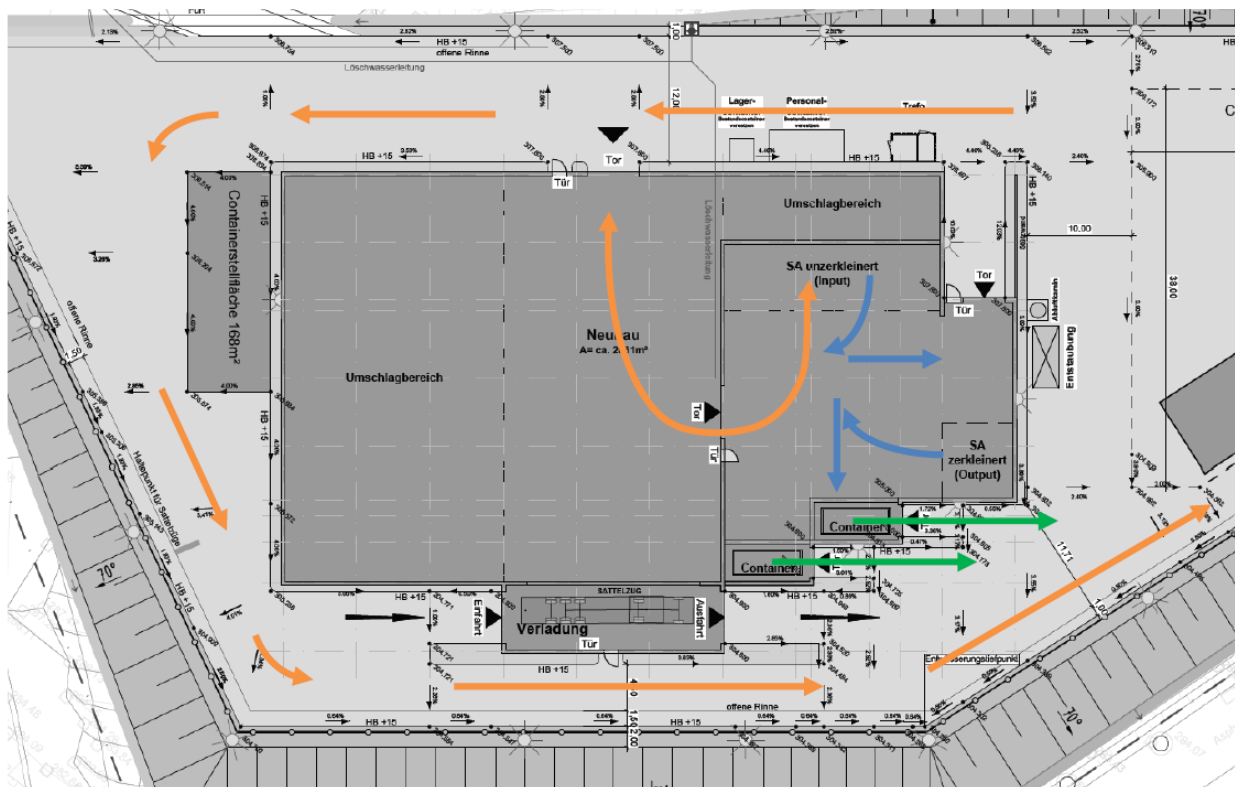


Abbildung 12: Sperrabfallzerkleinerung innerhalb der Halle (BE 220)

- (1) Die Anlieferfahrzeuge, z.B. Sammelfahrzeuge warten vor der zentralen Hallenzufahrt und melden sich beim Personal; nach Erfordernis erfolgt eine Datenerfassung.
- (2) Nach Aufforderung fahren die Anlieferfahrzeuge einzeln in die Halle und kippen im zugewiesenen Bereich innerhalb der räumlich abgetrennten BE 220 ab.

Durch das Betriebspersonal erfolgt eine Sichtprüfung des angelieferten Materials.

- (3) Das Anlieferfahrzeug verlässt den Hallenbereich über das zentrale Tor und fährt dann gegen den Uhrzeigersinn um die Halle herum zurück in Richtung Zufahrt / Waage.
- (4) Die Beschickung des Zerkleinerers erfolgt mittels Radlader in den Aufgabetrichter des Zerkleinerers.
- (5) Das zerkleinerte Material wird über ein Abzugsband abgeworfen, wo das Material bis zur Verladung aufgehaldet werden kann.
- (6) Mittels Radlader wird das Material aufgenommen und der Containerverladung zugeführt. In diesen tieferliegenden Bereichen sind 2 Stück 40 m³ Container eingeschoben, die von Oben befüllt werden können.
- (7) Bei Vollerfüllung werden die Container entnommen und abtransportiert.

Zwischenlagerung in der Halle (BE 210)

- (1) In der Halle werden bei Bedarf Abfälle sowohl in Behältern als auch in loser Schüttung zwischengelagert.

Zwischenlagerung auf den Containerstellflächen

- (1) Auf der Fläche mit der Bezeichnung Containerstellfläche/Freilager (BE 310) und auf der Containerstellfläche (BE 320) werden bei Bedarf Abfälle in geschlossenen Behälter zwischengelagert. Die Behälter werden bereits geschlossen angeliefert und nicht entleert oder be-/umgefüllt.
- (2) Im Fall der Revision des MHKWs Ludwigshafen bzw. eines anderen Entsorgers können Abfälle bis zu 4 Wochen nach vorheriger Information an die SGD Süd zwischengelagert werden.

Zwischenlagerung auf dem Freilager

- (1) Auf der Fläche mit der Bezeichnung Containerstellfläche/Freilager (BE 310) wird der unzerkleinerte Sperrabfall in loser Schüttung zwischengelagert für den Fall der Revision des Zerkleinerers. Dazu werden von der ZAK entsprechende Betonformsteine als Anschüttwände aufgestellt.
- (2) Die Zwischenlagerung erfolgt nach vorheriger Information an die SGD Süd.

11 Beschreibung der Umweltauswirkungen

11.1 Standortbezogene Vorprüfung

Die „standortbezogene Vorprüfung nach UVPG“ ist den Unterlagen in **Kapitel 9.1** beigelegt.

Zusammenfassung / Beurteilung:

Als Ergebnis der standortbezogenen Vorprüfung gemäß § 7 UVPG wird festgestellt, dass insgesamt keine erheblichen und nachteiligen Umweltauswirkungen für die oben genannten Schutzgüter und Schutzgebiete bzw. Schutzobjekte zu erwarten sind.

Weiterführende Betrachtungen und Untersuchungen im Rahmen einer formellen Umweltverträglichkeitsprüfung werden nicht als erforderlich angesehen.

11.2 Schalltechnische Untersuchung

Das Gutachten zum Thema Lärm ist den Unterlagen in **Kapitel 16.1** beigelegt.

Zusammenfassung / Beurteilung:

Das Vorhaben Verlegung der Umschlaganlage verursacht keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Gewerbegeräusche im Sinne der TA Lärm.

Alle zu berücksichtigenden Immissionsorte befinden sich außerhalb des Einwirkungsbereichs der geplanten Umschlaganlage.

11.3 Immissionsprognose Staub und Geruch

Die „Immissionsprognose“ ist den Unterlagen in **Kapitel 16.2** beigelegt.

Zusammenfassung / Beurteilung:

Die zu erwartende Zusatzbelastung durch Staubbiederschlag liegt an den nächstgelegenen dauerhaften Wohnnutzungen unterhalb der Irrelevanzschwelle der TA Luft.

Eine Bestimmung der Immissionskenngrößen nach Nr. 4.1 c) der TA Luft ist für Staubbiederschlag daher nicht erforderlich.

Die zu erwartende Zusatzbelastung durch Schwebstaub PM₁₀ bzw. PM_{2,5} liegt an den nächstgelegenen dauerhaften Wohnnutzungen unterhalb der Irrelevanzschwelle der TA Luft. Die Bestimmung der Immissionskenngrößen ist nicht notwendig.

Die zu erwartende Geruchsbelastung durch die Umschlaganlage liegt an den nächstgelegenen dauerhaften Wohnnutzungen unterhalb der Irrelevanzschwelle nach GIRL. Auch hier ist eine Bestimmung der Immissionskenngrößen nicht notwendig.

Es bestehen aus lufthygienischer Sicht keine Anhaltspunkte dafür, dass bei bestimmungsgemäßem Betrieb der Anlage schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch die betrachteten Staub- und Geruchsemissionen hervorgerufen werden können.

11.4 Verkehrsaufkommen

Gegenüber der bisherigen Situation wird es **zu keinen Veränderungen des Verkehrsaufkommens** kommen. Die Anlieferereignisse liegen auch derzeit vor, lediglich der Binnenverkehr innerhalb des Abfallwirtschaftszentrums ändert sich.

11.5 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Die gehandhabten wassergefährdenden Stoffe sind im Detail dem Formular 4a (**s. Kapitel 4.2**) und dem Abfallpositivkatalog (**s. Kapitel 4.4**) zu entnehmen.

Die Selbsteinstufung eines festen nicht wassergefährdenden Gemisches für Sperrabfall erfolgt mit dem Dokumentationsformblatt 3 (**s. Kapitel 4.3**).

In der Hydraulikanlage des Zerkleinerungsaggregates (**s. Kapitel 3.3**) befinden sich ca. 200 Liter Gesamtmenge Hydrauliköl. Davon befinden sich ca. 150 Liter im Hydrauliktank. Im geschlossenen Getriebe befinden sich darüber hinaus ca. 60 Liter Getriebeöl. Ausweislich der Sicherheitsdatenblätter ist das Hydrauliköl der Wassergefährdungsklasse 1 und das Getriebeöl der Wassergefährdungsklasse 2 zuzuordnen. Die Sicherheitsdatenblätter sind dem **Kapitel 6** beigelegt. Bei Unterschreiten eines Minimum-Füllstandes im Hydrauliksystem schaltet sich die Anlage automatisch ab. Eine dichtgeschweißte Bodenwanne nimmt die im Havariefall maximal mögliche ausgetretene Ölmenge vollständig auf.

Der Antrag auf Eignungsfeststellung ist den Unterlagen in **Kapitel 4.9** beigelegt.

11.6 Umgang mit gefährlichen Abfällen

Der Umgang der im Positivkatalog vorgesehenen gefährlichen Abfälle erfolgt in geschlossenen Behältern, bei denen keine Entleerung oder Befüllung vorgesehen ist.

11.7 Sonstige Emissionen

Mit dem Betrieb der geplanten Anlagen sind keine Emissionen an Licht, Wärme, Erschütterungen oder Strahlen verbunden.

11.8 Vermeidung und Verwertung von Abfällen

Bei den Tätigkeiten **Umschlag und Zwischenlagerung** fallen **keine bestimmungsgemäßen Abfälle** an.

Die nachstehende Beschreibung bezieht sich daher auf den **Betrieb einer Zerkleinerungsanlage** von nicht gefährlichen Abfällen:

Gemäß Positivkatalog (**s. Kapitel 4.2**) wird der Output (zerkleinerter Sperrabfall) als AVV 20 03 07 angegeben. Darüber hinaus entstehen in diesem Zusammenhang keine weiteren bestimmungsgemäßen Abfälle.

Als nicht zielgerichtete Abfälle sind beim Betrieb der Zerkleinerungsanlage zu verzeichnen (**s. Kapitel 4.7**):

- Ölverschmutzte Betriebsmittel
- Maschinen- und Getriebeöl

Die Entsorgung der beim Betrieb und bei der Wartung des Zerkleinerers nicht zielgerichtet anfallenden Abfälle (**s. Kapitel 4.7, Formulare 9.2**) erfolgt über die Problemabfallannahmestelle am Standort Kapiteltal (Immissionsschutzrechtliche Genehmigung Az. 89 30-+KKL 004:314, ZKS-Betriebsnummer GZ8391393).

Die weitere Entsorgung der in der Problemabfallannahmestelle angenommenen Abfälle wird regelmäßig neu ausgeschrieben und an externe Drittunternehmen vergeben. Die derzeitigen Entsorger sind

- für die AVV 15 02 02* „Aufsaug- und Filtermaterialien (einschl. Ölfilter a.n.g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind“ die Jakob Becker GmbH & Co. KG, EN-Nr. ENG19JBEM027
- für die AVV 13 02 08* „andere Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle“ die Schirra GmbH & Co. KG, EN-Nr. ENK000589118.

Die tatsächlichen Entsorgungsvorgänge können im eANV nachvollzogen werden.



Die Inbetriebnahme des Zerkleinerers in der neu gebauten Halle ist für Herbst 2024 vorgesehen, sodass das konkrete Entsorgungsunternehmen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht benannt werden kann.

Hiermit wird bestätigt, dass künftige Ausschreibungen stets rechtzeitig und verfahrensgemäß erfolgen werden, um die ordnungsgemäße, zulässige, langfristig gesicherte und umweltverträgliche weitere Entsorgung der anfallenden Abfälle nach Art, Zusammensetzung, Menge und Herkunft zu gewährleisten.

11.9 Zusammenfassung und Bewertung

Durch die geplante Errichtung und den Betrieb der Umschlaganlage sind keine außergewöhnlichen Belastungen mit nachhaltigen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.

Durch die beschriebenen Maßnahmen werden die zu erwartenden Emissionen soweit möglich reduziert.

12 Arbeitsschutz

12.1 Vorgesehene Maßnahmen zum Arbeitsschutz

Die Belange des Arbeits- und Gesundheitsschutzes werden beim Betrieb der Anlagen berücksichtigt. Darüber hinaus werden die Vorschriften der Gewerbeaufsicht, der Berufsgenossenschaft und des Technischen Überwachungsvereines in der geltenden Fassung berücksichtigt.

Das Betriebspersonal wird in regelmäßigen Abständen über die Maßnahmen zur Unfallverhütung belehrt und mit Arbeitsschutzkleidung im ausreichenden Maße versorgt.

Absturzkanten im Bereich der Umschlaghalle werden gegen das Abstürzen von Personen und Fahrzeugen gesichert.

Die Rolltore der Halle werden entsprechend der ASR als "Kraftbetätigte Türen und Tore" ausgeführt. Die Lage, Anzahl, Ausführung und Abmessung der Tore und Türen sind der Art und Nutzung angepasst.

12.2 Betriebszeiten

Die von ZAK beantragten Betriebszeiten lauten:

- Montag – Samstag 6 bis 21 Uhr

Innerhalb der Betriebszeit wird die Sperrabfallzerkleinerung zwischen drei und max. sechs Stunden pro Tag betrieben (**s. Kapitel 5.1 und Kapitel 16.1**).

Üblicherweise wird die Umschlaganlage Montag bis Freitag von 7 bis 17 Uhr betrieben.

Die Fachgutachten (**s. Kapitel 16**) berücksichtigen jedoch die o.g. worst-case-Betrachtung.

12.3 Anzahl der Beschäftigten und deren Sozialräume

Für den Betrieb ist der Einsatz von bis zu zwei Mitarbeitern vorgesehen. Für die Mitarbeiter steht ein Personalcontainer mit WC zur Verfügung.

Es handelt sich um den bereits vorhandenen, mit Bescheid der SGD Süd vom 20.08.2007 (Az 314-89701 KKL 54) genehmigten Personalcontainer, der vom bisherigen Standort (vorhandene Umschlaganlage) an den neuen Standort (geplante Umschlaganlage) versetzt wird. Weiterhin stehen Sozial- und Sanitärräume im Bereich des ZAK-Geländes zur Verfügung.

12.4 Lüftung und Heizung der Arbeitsräume

Im Bereich der Umladehalle sind während des Ein- und Ausfahrens die Hallentore geöffnet. Innerhalb der Halle befinden sich keine ständigen Arbeitsplätze, so dass keine Beheizung erforderlich ist.

Für die Tätigkeiten mit dem Radlader sind die Kabinen mit entsprechenden Lüftungs- und Heizeinrichtungen ausgestattet. Für den Betrieb innerhalb der Halle sind die Lagergeräte zudem mit einem Dieselrußfilter ausgestattet.

12.5 Belichtung und Beleuchtung der Arbeitsplätze

Die Beleuchtung der Lagerflächen erfolgt über Leuchtkörper (LED) auf Masten, die in entsprechender Anzahl aufgestellt werden, sodass auch bei Witterungsverhältnissen mit schlechten Sichtverhältnissen eine gute Platzbeleuchtung gewährleistet ist.

Die künstliche Beleuchtung im Bereich der Halle entspricht den Anforderungen der ASR 7/3. Zudem ist in der Halle eine natürliche Beleuchtung durch Lichtbänder in der Außenwand vorgesehen.

12.6 Verkehrssicherheit

Die Zufahrt zum Projektgebiet sowie die Verkehrsflächen sind für Begegnungsverkehr und Fahren auf Sicht ausreichend dimensioniert.

Alle Verkehrswege sind in Anlehnung an einschlägige Vorschriften ausgebaut und erforderlichenfalls mit Hinweis-, Gebots- und Verbotsschildern nach der StVO gekennzeichnet.

13 Brandschutz

Das „Brandschutzkonzept“ ist den Unterlagen in **Kapitel 7.3** beigelegt.

Zusammenfassung / Beurteilung:

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Darstellung des Gesamtbrandschutzkonzeptes aufgezeigten Maßnahmen bestehen nach dem derzeitigen Stand der Brandschutztechnik keine Bedenken gegen die Realisierung des Bauvorhabens in der beabsichtigten bzw. beschriebenen Weise.

13.1 Allgemeines zum betrieblichen Brandschutz

Auf dem gesamten Gelände darf nicht geraucht oder mit offenem Licht/Feuer umgegangen werden. Auf das Verbot wird an sichtbaren Stellen mit den Verbotsschildern "Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten" und der Betriebsordnung hingewiesen. Feuer-, Heiß- und Reparaturarbeiten dürfen nur durchgeführt werden, wenn jede Brand- und Explosionsgefahr ausgeschlossen ist.

Für den Gesamtstandort ist eine Betriebsbeauftragte für Brandschutz benannt. Für den geplanten Neubau wird der bestehende Alarm- und Einsatzplan ergänzt und den zuständigen Rettungsstellen bzw. der Feuerwehr vorgelegt. Durch die Verkehrswegeplanung ist eine Erreichbarkeit für Rettungskräfte auch mit großen Fahrzeugen gegeben.

13.2 Baulicher Brandschutz der Anlage

Die tragende Konstruktion des Neubaus wird nichtbrennbar sein, für die Außenwände und das Dach werden nichtbrennbare Baustoffe zum Einsatz kommen. Die Lichtbänder in den Außenwänden werden schwerentflammbar ausgeführt.

13.3 Brandabschnitte

Eine Bildung von Brandabschnitten oder sonstigen feuerbeständigen Abtrennungen des Bauwerkes ist nicht erforderlich.

13.4 Brandmeldeanlage

Der hallenneubau wird mit einer Brandmeldeanlage einschließlich Übertragungseinrichtung ausgestattet. Als Brandmeldetechnik (Brandmelder) kommen Chemosensoren zum Einsatz (4 Stück im Hallenbereich Umschlaganlage und 2 Stück im Bereich Sperrabfallzerkleinerung). Bei Auslösen der Brandmeldeanlage wird die Entstaubungsanlage abgeschaltet.

13.5 Feuerlöscheinrichtungen

Die Löschwasserversorgung für eine Brandbekämpfung wird über Entnahmestellen auf dem Planungsbereich und in der näheren Umgebung hergestellt. Von Seiten ZAK werden 96 m³/h aus dem Löschwassernetz zur Verfügung gestellt.

An zentraler Stelle innerhalb der Halle wird ein Wandhydrant installiert, weiterhin werden sechs tragbare Feuerlöscher in der Halle angebracht.

13.6 Löschwasserrückhaltung

Aufgrund der allgemeinen Wassergefährdung der Abfälle (außer Sperrabfall) innerhalb der Halle werden mobile Löschwasserbarrieren an den Zugängen / Zufahrten installiert. Löschwasser wird dort zurückgehalten und kann nach dem Brandereignis beprobt und nach Bedarf extern entsorgt oder kontrolliert an die Außenflächen abgegeben werden.

Die Außenflächen sind alle an das VRW-Netz (verunreinigtes Regenwasser) angeschlossen. Das VRW Netz entwässert in das RRB 1. Von hier aus wird das Wasser mittels Pumpen in das öffentliche Schmutzwassernetz gefördert. Bei einem Brandfall werden die Pumpen abgeschaltet und das RRB 1 dient der zusätzlichen Löschwasserrückhaltung. Die Löschwasserrückhaltung ist somit sichergestellt. Auch dort kann das Wasser beprobt werden und ggf. einer externen Entsorgung zugeführt werden.

13.7 Rauch- und Wärmeabzugsmöglichkeit

Zur Rauch- und Wärmeableitung werden Lichtkuppeln als Rauchabzugsgeräte in die Hallendachfläche integriert.

Die Zuluftführung erfolgt über die beiden Rolltore der Halle an der Nordostseite.

13.8 Flucht- und Rettungswege

Aus der Umschlaghalle müssen mind. 2 voneinander unabhängige Rettungswege ins Freie hergestellt werden, was durch die beiden Türen bei den Achsen DE und JK erfüllt ist. Zur Gewährleistung des zweiten Rettungsweges dient die Verbindungstür zwischen den Teilhallen in Achse G.

Unter Berücksichtigung der Hallenabmessungen kann eine Entfernung der Rettungswege bis zum nächsten Ausgang von 50 m in Anspruch genommen werden. Durch die beiden Ausgangstüren ist die Anforderung an Rettungswege somit erfüllt.

Der tiefer liegende Verladungsbereich benötigt lediglich einen Ausgang.

Für die geplante Halle wird vor Inbetriebnahme ein Flucht- und Rettungsplan erstellt.

14 Natur- und Landschaftspflege

Der „Landschaftspflegerische Begleitplan mit integrierter artenschutzrechtlicher Betrachtung und Erheblichkeitsbetrachtung für das FFH- und VS-Gebiet Mehlinger Heide“ ist den Unterlagen in **Kapitel 8.2** beigelegt.

Zusammenfassung / Beurteilung:

Aus der Gegenüberstellung der aufgezeigten Beeinträchtigungspotenziale und Maßnahmen geht hervor, dass sich die ergebenden Wirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild durch die Maßnahmen zur Vermeidung, zur Begrünung und zum Ausgleich kompensieren lassen. Nachhaltige Wirkungen auf Naturhaushalt und Landschaft sind nicht erkennbar.

Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten sind bei Berücksichtigung der formulierten Vermeidungsmaßnahmen nach derzeitigem Kenntnisstand nicht gegeben.

15 Maßnahmen zur Betriebseinstellung

Eine zeitliche Befristung des Anlagenbetriebes ist nicht vorgesehen.

Nach § 5 Absatz 3 Nr. 1 und 2 BImSchG hat der Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage sicherzustellen, dass auch nach einer Betriebseinstellung

1. von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
2. vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit beseitigt werden können und
3. die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

Bei einer beabsichtigten Einstellung des Betriebes der Anlage erfolgt eine umgehende Mitteilung an die zuständigen Behörden.

Im Falle einer Betriebsstilllegung werden gelagerte Einsatzstoffe, Produkte und Abfälle ordnungsgemäß verwertet oder beseitigt. Anlagentechnische Einrichtungen und Gebäude werden fachgerecht rückgebaut und rekultiviert, so dass nach Betriebseinstellung ein ordnungsgemäßer Zustand des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

16 Aufstellungsvermerk

Antragsteller:

Kaiserslautern, 15. Juni 2021

Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern
Kapiteltal
67657 Kaiserslautern

Antragsteller

Dipl.-Ing. Jan B. Deubig
(Vorstand)

Aufgestellt:

Mainz, 15. Juni 2021

SCHIRMER Umwelttechnik GmbH
Dekan-Laist-Straße 30
55129 Mainz

Projektbearbeitung

Dipl.-Ing. Heinrich Bräckelmann
Dipl.-Ing. M. W. Greuel
M.Eng. Stefan Heinle